Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, Januar/Februar 2018 *68. Jahrgang, Nr. 783/84*

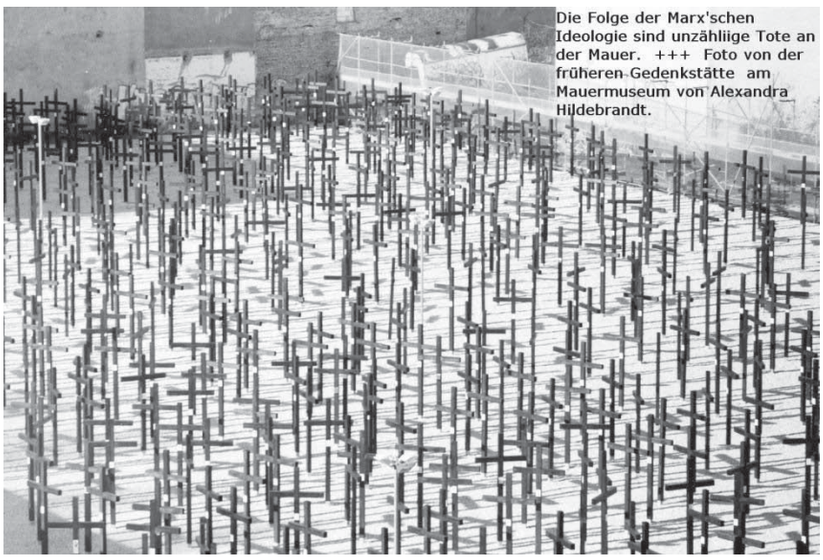
Marx-ICE: Die Versuchung bei der Bundesbahn AG ist groß. Doch den Widerstand der Opfer wird man nicht brechen

Die Proteste der Kommunismus-Opfer haben die Vorstandsetage erreicht. Und nun?

Das blieb nicht ohne Wirkung: Der Marx-Bericht in der Freiheitsglocke 781 sowie die Ankündigungen der Opfer des Kommunismus, sich – mit friedlichen, aber entschiedenen Protesten – gegen die Namensgebung eines Deutsche-Bahn- Zuges nach Karl Max zu wenden, ließ den Vorstand aufschrecken. Wie es heißt, hat die Deutsche Bahn einen Rückzieher gemacht, sie wird neu darüber entscheiden lassen.

auf der Favoritenliste standen. Diese in eine Reihe mit Karl Marx zu stellen war denn doch ein unübersehbarer Fehler, der neben den Protesten auch zu der Frage führt: Wer und was denn heutzutage noch zu Gunsten einer glanzvollen Reklame und zu hohen finanziellen Gewinnen geopfert und beleidigt werden darf. Pietät und Geschichtskenntnis sollte man den Opfern aller Diktaturen entgegenbringen.

Die VOS bietet der Bahn AG hiermit an, sie bei der Auswahl von Personen, positiven Motiven oder historischen Daten bei der Namensvergabe der ICE zu beraten. „Tag des Mauerfalls“ könnte ein treffender Titel sein. Denkbar wäre, dass man in Abteilen und Gängen Bilder anbringt, die einen verbindlichen geschichtlichen Bezug vermitteln und die Fahrgäste zum Nachdenken und Erinnern anregen.



Die Folge der Marx'schen Ideologie sind unzähliige Tote an der Mauer. +++ Foto von der früheren Gedenkstätte am Mauermuseum von Alexandra Hildebrandt.

Ausschlaggebend war neben den Opfer-Protesten auch der empörte Hinweis, dass der Name Marx, auf den sich mit staatlicher Verordnung zahlreiche Diktaturen zur Durchsetzung ihrer verbrecherischen Unterdrückung ganzer Völker berufen haben, auch die Namen von NS-Opfern wie Anne Frank sowie Widerständlern wie die Geschwister Scholl oder Dietrich Bonhoeffer

Ein anderer Aspekt ist der Irrglaube, dass man, wenn man Befragungen in der Bevölkerung durchführt, auf Sachverstand trifft und auch vor gezielten Manipulationen durch Lobbyisten sicher ist. Dies ist in diesem Fall keineswegs auszuschließen. Karl Marx war und ist kein Gott, es gibt mittlerweile genügend Wissenschaftler, die die Fehler seiner Schriften aufdecken.

So könnte man Fotos und Texte aus dem Fundus von Zeitzeugen verwenden. Noch sind Betroffene der SED-Diktatur am Leben (Foto: Edda Schönherz, Mario Röllig, Gustav Rust, Eberhard Zahn ✞ – mit Haftutensilien. ©: *Rudolf Schröder*✞). Ihre Mitwirkung würde auf sinnvolle, keineswegs verfälschende Weise bedeutende Informationen vermitteln. *B. Thonn*

Diesmal ist es nicht die Freiheitsglocke allein, auf die die Leserinnen und Leser lange warten mussten, sondern es sind die Spitzenpolitiker unseres Landes gewesen. Sondierungen, Koalitionsverhandlungen und eine Vielzahl von Interviews, Berichten und Statements liegen hinter uns, und am Ende ist eine Regierung herausgekommen, von der wir nicht mal wissen, ob sie der SPD-„Basis“ genehm ist.

Wer den Koalitionsvertrag gelesen hat, der in mühsam zähen Nächten ausgehandelt wurde, der konnte feststellen, dass ein umfassendes Programm erarbeitet wurde, das unserem Land für die nächsten dreieinhalb Jahre Stabilität gewährleisten kann. Aber der Vertrag ist eine Absichtserklärung. Man kann durch Gesetze und Erlasse darauf aufbauen, was nicht heißt, dass alles, was aufgeführt ist, verwirklicht wird. Was uns SED-Opfer betrifft, muss sich niemand die Mühe machen, die gesamten 177 Seiten zu lesen. Unter den Punkten 5631 bis 5634 ist erfasst, wovon wir Verbesserungen bzw. die Wahrung des Bestehenden erwarten können. Es heißt darin, dass die neue Regierung „die Erinnerungskultur und die Rehabilitierung der Opfer des SED- Unrechtregimes weiterentwickeln und die Fristen für die Beantragung nach den Rehabilitierungsgesetzen im Einvernehmen mit den Bundesländern aufheben“ will. Zudem hat man sich vorgenommen: „Wir werden prüfen, inwieweit die bestehenden rechtlichen Grundlagen für die DDR-Heimkinder verbessert werden können.“ Letzteres ist zumindest eine Maßnahme, die längst überfällig ist und die uns immer wichtig war.

Wesentliche Schwerpunkte werden auf das Gedenken an die Opfer und das Unrecht sowie die Vermittlung von Geschichtswissen an die jungen Generationen gelegt. Hierzu heißt es von Ziffer 7989 bis 7992: „Deutschland ist aufgrund seiner Geschichte besonders dafür verantwortlich, die Erinnerung an die Folgen von Diktatur und Gewaltherrschaft wachzuhalten. Dies ist Teil unseres nationalen Selbstverständnisses. Das Gedenken an die beiden deutschen Diktaturen darf nicht mit Verweis auf die jeweilige andere zu einer Relativierung der NS-Terrorherrschaft noch zu einer Bagatellisierung des SED-Unrechts führen.“ Ich halte diese Aussage mit Blick auf die SPD-Jusos durchaus für schwergewichtig, denn was wir auf dem Parteitag der Sozialdemokraten am 21. Januar vorgeführt bekamen, sah mir nicht nur nach dem Versuch, die eigene Parteiführung zu stürzen aus, sondern es tendierte offen zum Schulterschluss mit den Linken. Und natürlich war es zugleich der erklärte Willen, Angela Merkel als Kanzlerin abzuschieben.

Auf ein Wort des Redakteurs

Unter Punkt 7997 bis 8003 wird die Absicht des Gedenkens an die Diktaturen weiter hervorgehoben: „Wir wollen den Erhalt der authentischen Gedenkorte und Zeugnisse kontinuierlich fördern und Steigerungen der Bundesbeteiligungen bei den Investitionen im Bereich der Erinnerungskultur erreichen. Die Bundesregierung unterstützt vielfältige Aktivitäten und Projekte der Aufarbeitung der NS- Terrorherrschaft und der SED-Diktatur, die Toleranz fördern, Sozialkompetenz und Demokratieverständnis stärken, gerade auch in der Arbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen und im Zusammenwirken mit Zeitzeugen.“

Mit diesem Passus stimmen wir als VOS gewiss überein. Es wäre aus Sicht vieler freigekaufter Häftlinge besonders begrüßenswert, wenn auch für den „Abschiebeknast“ von Chemnitz die erforderlichen Mittel zum Ausbau einer in der Geschichte einmaligen Gedenkstätte vom Bund finanziert würden. Darauf hingewiesen und dafür geworben habe ich in der Freiheitsglocke nun oft genug. Ich möchte auch jenen Passus nicht unterschlagen, der konkret die Zusammenführung junger Menschen mit den Opfern der Diktaturen beabsichtigt. Er ist unter Ziffer 8005 zu finden: „Deshalb unterstützen wir die Gedenkeinrichtungen bei der Weiterentwicklung ihrer pädagogischen, digitalen und audiovisuellen Vermittlungskonzepte.“ Dies alles ist wichtig, wenn wir auch nach unserem Ableben noch in den Geschichtsbüchern vorkommen wollen. Andererseits haben die Kameradinnen und Kameraden, die Opfer des Kommunismus sind, auch Verbesserungen erwartet, die ihnen im Diesseits zuteilwerden könnten. Konkret ausgedrückt ist damit eine Steigerung der Opferrente gemeint. Mindestens dachten wir an die Anpassung der „Besonderen Zuwendung“ an das jeweilige Rentenniveau. Dies würde sich in der Rate ausdrücken, mit der die Altersrente jährlich steigt, oder in einem Betrag von 50 Euro nach jeweils drei bis fünf Jahren. Leider ist diesbezüglich nichts vorgesehen.

Auch die Niedrigrentenempfänger, für die unter Ziffer 4264 des Dokuments angeblich eine Grundrente für 35 Jahre geleistete Arbeitszeit in Aussicht gestellt wird, muss ich abschließend warnen. Niemand sollte denken, dass diese Rentenerhöhung jedem zugutekommt, der 35 Jahre lang Beiträge gezahlt hat. Nein, hier geht eine Prüfung auf Bedürftigkeit voraus, und man muss für diesen Fall bereits auf die Grundsicherung angewiesen sein. Soll heißen: Es besteht kein Rechtsanspruch, auch nicht für jene Altersrentner, die die geforderten 35 Jahre Rentenbeiträge bezahlt haben und nun eine Altersrente unter Grundsicherungsniveau erhalten, zugleich aber ihr Einkommen durch Nebenjobs aufbessern. Dazu muss ich anmerken: Wer sich solche Schliche ausgedacht hat und sich damit in der Öffentlich brüstet, der sollte sein Bundestagsmandat zurückgeben. Das Rentenrecht wird so zur Sozialhilfe degradiert. Diejenigen, die Beiträge gezahlt haben, schauen in die Röhre. Es steht nun jeder und jedem von uns frei, sich eine Meinung zu bilden und bei einer möglichen Neuwahl über das Kreuz an der von ihm gewünschten Stelle nachzudenken. Fragen muss man: Ist ein „Deutschland, weiter so“ im Moment vielleicht die (ein bisschen) bessere Lösung? Wir werden sehen, ob die SPD-Basis für eine GroKo stimmt. Ich bin gespannt.

Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter

In dieser Ausgabe: Ist der Trümmerhaufen SPD noch zu retten?

Titelseite / Folgethema
Marx raus, neue Ideen rein
Die Deutschen Bahn AG gibt Peinlichkeit zu

***Redaktionsthema*:**
Der Koalitionsvertrag, die SPD und der Schwindel mit der „Grundrente“
Wir SED-Opfer dürfen uns über neue Gedenkstätten und die ohnehin fällige Fristverlängerung freuen. Mehr Geld gibt es aber nicht 2

„Es war schrecklich, das wieder zu sehen!“
Der Bundesvorsitzende Detlef Chilla über seine Zeit in der Haft 4

Sachsen: Den Auftrag erweitert und die personelle Ausstattung verbessert
Der Opferbeauftragte Sachsen trifft sich mit Verbänden und Initiativen, darunter die VOS 5

Die Ostsee: Schicksalsplatz für DDR-Flüchtlinge
Im Porträt: Dr. Volker Höffer, BStU Rostock 5

Nachruf **Aktiv für die VOS bis zum Schluss**
Rosemarie Studera stirbt mit 90 Jahren. 6

Eine Selbstverständlichkeit, oder?
Die Aufhebung der Fristenregelung 6

Förderung der Institutionen und Gedenken sollen abgesichert bleiben
Der Koalitionsvertrag und die SED-Opfer 7

Vor der Guillotine noch gezielt gequält
Über die Hinrichtung eines „Spions“ 7

Die Lügen eines Erich Honeckers und die Allmacht des MfS
Politische Gefangene gab es in der DDR zu jeder Zeit 8

Betroffenheit allein lindert keine Not
IKEA-Gründer Kamprad ist tot, er hat sich in Sachen Zwangsarbeit nicht gerührt 9

Es gab auch mal den 17. Juni als Feiertag
Niedersachsen will zusätzlichen Feiertag einführen. Aber welchen? 9

Der Marx-Express auf dem Abstellgleis oder ist es nur Vertröstung?
Die Proteste und Antworten zum ICE- 10 - 11

DDR-Promis und bekannte Symptome
Eine Fernsehserie über den DDR-Alltag 11

Das wäre eine naheliegende Maßnahme
Mit kürzlich aufgetauchtem SED-Vermögen DDR-Zwangsarbeit entschädigen 12

Von Dienstgraden und Abschlüssen, die gegen das eigene Volk gerichtet waren
Die Stasi-Juristen in Zahlen gefasst 13

Das Heulen des Wolfs im Schafpelz
Deutsche Parteien denken am liebsten an sich 14

Eine Pflicht, die immer schwerer fällt
Für Rosa und Karl im kalten Treptow 15

Ein schweres Schicksal, das er mit Willenskraft und Geduld getragen hat
Joachim Marckstadt gestorben. Er war eine Stütze der VOS, und die VOS war seine Stütze 16 -17

Es wird immer ein Thema und ein großes Ärgernis bleiben
Was haben ehemalige MfS-Leute im Öffentlichen Dienst zu suchen? Nichts 17

Ein Beruf mit fragwürdigem Einsatz
Rechtsanwälte in der DDR haben inzwischen keinen guten Ruf 18

Frauentag – in der DDR ein banales Muss
Soll er Niedersachsen Feiertag werden? 18

Die falschen Götter lassen die Polit-Greise an ihren Gräbern frieren
Der unvermeidliche Gang zum Ehrenmal fällt immer schwerer 19

Eine Note, die nicht besser sein könnte
Rainer Buchwald berät Schülerin aus Bayern bei Geschichtsfacharbeit 19

Die Aufgaben sind nicht neu, aber wichtig
Ein Ansporn für das kommende Jahr und weitere Aktivitäten 19

Keiner will es mehr hören, aber es bleibt uns nicht erspart
Die Kommentare zur SPD und zum Dauerthema „GroKo“ oder „NoGroKo“ 20

Zitate, 6, 15, 17, 18
Nachrufe 6, 9. 16, 19
Impressum / Porträt 20

Das Zitat des Monats:
Was die SPD und vordem auch die FDP angeht, würde ich es frei nach Ulbricht so beschreiben: „Niemand hat die Absicht, eine Regierung zu bilden.“
Valerie Bosse

Spender für die VOS:

Manfred Schulz, Roland Ermer, Klaus Fischer, Gerd Ahnert, Ursula Frehse und Horst Bode, Gotthilf Sternberg, Eberhard Lindner, Eberhard Triebel, Hede Ehrlich, Dietrich Jacobs, Eckhard Mensebach, Hans-Dieter Barthel, Reinhard Maier, Erika und Hans Mirr, Karin und Hartmut Trapp, Heinz Thiele, Helmut Kirchhof, Ulrich Seidel, Gotthard Rammer, Heinz Noack, Emil Redlich, Horst Kreeter, Karl-Heinz Ossenkop, Henry Sobora, Horst Menzel, Bringfried Schneider, Peter Leuteritz, Bernd Westphal, Erich Marzahn, Ingeborg Gericke, Ernst Bernhard Buhr, Reinhard Schwartz, Hermine und Reinhold Irimi, Joachim Gartzke, Gerhard Bartels, Sven Rühlmann, Martina und Uwe Rutkowski, Renate und Rolf Persich, Friedrich Radochla, Manfred Schultz, Waltraud Ewert, Roland Fiedler, Helge Olvermann, Ingried und Michael Faber, Christa und Bernd Pieper, Peter Schneeweiß , Gerhard Heiland, Ehrhard Göhl, Hans-Jürgen Mewes, Monika und Volkmar Christner, Lydia Kuhnke, Gisela Gärtig, Gerda Else Kubiaczyk, Johannes Hönisch, Jörg Vieweg, Helmut Klötzner, Wolfgang Altmann, Dr. Eberhard Kempf, Martin Pescheck, Holger Coors, Klaus Feibig, Eckehard Richter, Gabriele und Helfried Reichel, Horst Ahrens, Hans Stein, Jürgen Fuhrmann, Gerd Lindner, Ferdinand Gesell, Günter Hoffmann, Gabriele und Dr. Udo Heideklang, Bernd Brenzel, Tankred Pluschke, Thomas Hainich, Christoph Glaßer, Christel Haustein, Gisela Härtel, Ingrid Schmidt, Klaus Muder, Rolf Wiese, Dr. Peter Uebachs, Hans-Dietrich Kieckbusch, Gunter Schramm, Wolfgang Lehmann, Joachim Hänel, Maria und Reinhard Walter

Vorstand, Bundesgeschäftsführer und Redakteur sagen ganz herzlich:

D a n k e

„Wir müssen unser höchstes Gut, die Demokratie, erhalten.“

Der Bundesvorsitzende der VOS tritt im Zeitzeugen-Gespräch mit Dr. Volker Höffer für eine umfassende Verbesserung der Situation der SED-Opfer ein

Am 12. Dezember 2017 fand ein interessantes Zeitzeugengespräch mit Detlef Chilla (Bundesvorsitzender des VOS e.V.) und Dr. Volker Höffer (BStU-Rostock) in Rostock statt. Mehr als 30 Jahre ist es her, dass Detlef Chilla als ehemaliger politischer Häftling der DDR von der Bundesrepublik Deutschland freigekauft wurde und nach 1990 seine vollständige Rehabilitierung erhielt.

Das erste Mal kam Detlef Chilla von Juni 1981 bis September 1982 ins Gefängnis nach Bitterfeld (Sachsen-Anhalt/ ehemals Bezirk Halle/S.). Der Vorwurf lautete: Illegaler Grenzübertritt. Dazu erklärt Chilla: *„Wir haben damals versucht auszureisen. Dann wurden wir bei einem Fluchtversuch erwischt*“. Die DDR wollte Kamerad Chilla verlassen, weil er hier keinerlei Entwicklungsmöglichkeiten für sich sah.

Nachdem er aus dem Gefängnis entlassen wurde, hatte er mehrfach die ständige Vertretung von Westdeutschland in Ostberlin aufgesucht. Dazu urteilt er heute: *„Jedes Mal wurden wir kontrolliert. Schließlich wurde ich im Februar 1984 wieder eingesperrt.“*

Dieses Mal wurde ihm die „illegale Verbindungsaufnahme zu einer fremden Macht zum Nachteil der sozialistischen Gesellschaftsordnung“ vorgeworfen. Erst im Januar 1985 erlangte er seine Freiheit zurück, als er von Westdeutschland freigekauft wurde und in die Bundesrepublik übersiedeln konnte.

Sein jetziger Einsatz als Bundesvorsitzender in der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. ist in mancherlei Hinsicht seiner Ehefrau zu verdanken. In seinem damaligen Wohnsitz in Nordrhein-Westfalen traf er endlich auf seine Jugendliebe. Er erinnert sich: *„2013 bin ich mit ihr nach Mecklenburg zurückgezogen, 2014 haben wir geheiratet.“*

Nur durch diesen entscheidenden Schritt ist es ihm möglich, wieder auf dem Gebiet der ehemaligen DDR zu wohnen. Klar wurde ihm dies, als er noch einmal die ehemalige Stasi-Untersuchungshaft in Rostock besuchte.

Auch hier ist Detlef Chilla inhaftiert gewesen. Die Erinnerung tut bis heute weh: *„Es war ganz schrecklich, das wieder zu sehen. In den ersten Minuten war ich nicht in der Lage, nur ein Wort von mir zu geben. Aber ich musste erkennen, ob und wie ich damit umgehen kann*.“ Seitdem setzt er sich für die Aufarbeitung der Geschichte ein. Sein Bekenntnis ist eindeutig: *„Wir müssen unser höchstes Gut, die Demokratie, erhalten.“* Damit stimmt er mit den Grundsätzen des Opferverbandes VOS voll überein, denn eine Diktatur darf es nie wieder geben. Deshalb gilt für ihn wie für uns alle: *„Wir müssen dafür sorgen, dass die Dinge, die dort geschehen sind, nie in Vergessenheit geraten.“*

Wichtig ist: Die Zeitzeugengespräche müssen weiter stattfinden, um vor den Gefahren der Diktatur zu warnen. Dies gilt nicht nur für Rostock und Mecklenburg-Vorpommern, sondern für die Alten und Neuen Bundesländer gleichermaßen.

Der Bundesvorsitzende der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. wiederholte daher seine Forderung, alle „Opfer“ der SED- Diktatur zu Ehrenbürgern des Landes zu machen, denn wir sind keine Opfer als solche, sondern wir haben für die Freiheit gekämpft. Die SED-Opferrente sollte daher unabhängig von Haftdauer und Einkommen gezahlt werden.

Die Betroffenen, die in den MfS-Haftanstalten aufgrund politischer Paragraphen inhaftiert waren, sind unschuldig. Doch bei vielen wirken der Schuldkomplex und das Haft-trauma weiter. Der Vorwurf, der vielen gemacht wird und der sich dann in das Unterbewusstsein der ehemaligen Häftlinge einnistet lautet: *Hätte ich nichts gesagt, getan, ... wäre ich nicht inhaftiert gewesen*. Dann wäre für den Einzelnen vielleicht manch Böses nicht geschehen, doch ob die DDR und mit ihr die Diktatur und die Unfreiheit verschwunden wären, ist fraglich. Um so wichtiger ist es, dass Kameraden wie Detlef Chilla das Wort ergreifen und mutig für bessere Lebensbedingungen der Haftopfer und Verfolgten des SED-Regimes eintreten. Unterstreichen muss man in diesem Zusammenhang das Angebot, das seit Gründung unseres Verbandes gilt: Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. steht allen Betroffenen der SED-Diktatur, als Ansprechpartner und Beratungsstelle zur Seite.

André Rohloff
Foto: S. Chilla

Anm.: Kamerad Chilla wurde im April 2017 unter großer Zustimmung der Delegierten zum Bundesvorsitzenden der VOS gewählt. Er ist seitdem vor allem in MVp aktiv, wenn es um die Rechte und die Situation der SED-Opfer geht. Über Dr. Volker Höffer und die BStU-Außenstelle Rostock lesen Sie bitte den Beitrag auf Seite 5.

Die Aufarbeitung ist ihnen wichtig

Die Leiter der Außenstelle der BStU in Rostock und die VOS

Dr. Volker Höffer, der wie auf Seite 4 berichtet das Interview mit unserem Bundesvorsitzenden führte, leitet seit 2009 die Außenstelle Rostock der BStU in Mecklenburg-Vorpommern. Er trat somit die Nachfolge des DDR- Bürgerrechtlers und ehemaligen Mitglieds des Dresdner Kreuzchores Christoph Kleemann an, der diese Funktion zehn Jahre lang ausübte und aus Altersgründen ausschied. Christoph Kleemann hat in der DDR evangelisch Theologie studiert, er arbeitete mehrere Jahre als Jugendpfarrer in Meißen und wurde 1978 Studentenpfarrer in Rostock. Im Frühjahr 1990 amtierte er als Mitglied des Neuen Forums als Oberbürgermeister der Stadt Rostock.

Dr. Volker Höffer wurde 1963 in Stralsund geboren, er ist Diplom-Lehrer für Deutsch und Geschichte und promovierte 1992 in Neuerer Geschichte. Seit dieser Zeit ist er auch Mitarbeiter in der BStU, wo er in verschiedenen Bereichen arbeitete. Von ihm erschienen sind Veröffentlichungen zum Thema Staatssicherheit und SED im Bezirk. Im Internet beziehen lässt sich derzeit*: Der Gegner hat Kraft. MfS und SED im Bezirk Rostock.*

Innerhalb seiner Tätigkeit für die BStU trat er mit der Dokumentation „Über die Ostsee in die Freiheit“, die im Prora-Zentrum zu sehen war, hervor. Einmal mehr ließ sich erfahren, welche Schicksale sich mit der Flucht über die Ostsee verbanden. Was die Menschen hier riskierten, ist schwer vorstellbar. Manche hatten Glück, ihnen gelang die Flucht. Andere wurden noch auf dem Festland oder später auf dem Wasser – mitunter auch außerhalb der Dreimeilenzone – abgefangen und anschließend inhaftiert. Wieder andere fanden den Tod, ihr Schicksal ist bis heute ungeklärt. Prora als Standort der NVA war zugleich ein Einsatzort für die Spatensoldaten, jene Menschen in der DDR, die den Dienst an der Waffe verweigert hatten. Wehrdienstverweigerung bedeutete in der DDR, dass man sich gegen den Staat stellte und man mit Repressalien rechnen musste. *Valerie Bosse*

Den Kontakt zum Landtagspräsidenten wahren und die Unterstützungen sichern

LStU-Beauftragter von Sachsen, Lutz Rathenow setzt sich weiter für die Organisationen der SED-Opfer ein

Pressemitteilung vom 19. Dezember 2017

Am 20. Dezember 2017 traf sich der Landtagspräsident des Bundeslandes Sachsen, Dr. Matthias Rößler, mit dem Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED- Diktatur, Lutz Rathenow, im Rahmen eines Arbeitstreffens der Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen. Bei diesen vierteljährlich stattfindenden Aussprachen kommen Vertreter aus ganz Sachsen zusammen, um über Fragen der Erinnerungspolitik zu sprechen, die Arbeit des Landesbeauftragten zu begleiten oder neue Projekte vorzustellen. Dazu zählen u.a. die *Vereinigung der Opfer des Stalinismus*, der *Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge*, das *Bautzen- Komitee* sowie das Archiv Bürgerbewegung.

Auf dem Treffen zogen Lutz Rathenow und Matthias Rößler auch eine erste Bilanz: Der Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gehört seit Jahresbeginn zum Sächsischen Landtag. Mit der Änderung des Landesbeauftragtengesetzes wurde der Auftrag erweitert und die personelle Ausstattung verbessert. Dazu erklärt der Landesbeauftragte Lutz Rathenow: *„Die Abgeordneten des Sächsischen Landtags haben den Anbindungswechsel und das neue Gesetz beschlossen, um das Amt des Landesbeauftragten zu stärken. Dies ist ihnen gelungen, wir sind sehr zufrieden. Vor allem durch die zwei neuen Mitarbeiter kann die schulische Bildung – also Vorträge, Zeitzeugengespräche oder Projekttage – in weitaus höherer Zahl und in der Fläche angeboten werden. Dies betrifft auch die Beratung. Hier haben wir im nächsten Jahr noch viel vor. Insofern ist es essentiell für uns, dass diese Stellen bleiben.“*

Der Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler erklärte dazu: *„Seit der friedlichen Revolution 1989 ist in Sachsen eine Generation herangewachsen, die Diktaturen nur noch aus Erzählungen, aus den Medien und aus dem Geschichtsbuch kennt. Deshalb ist es umso wichtiger, die Erinnerungen an das Unrechtsregime der SED wachzuhalten und die Opfer bei der Rehabilitation und der Klärung persönlicher Schicksale zu unterstützen. Diese kritische Aufarbeitung gehört zu unserer Demokratie – sie ist daher beim Parlament genau richtig angesiedelt.“*

Hintergrund: Der Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur berät Bürger, öffentliche Stellen, Medien und Wissenschaft. Er informiert über das politische System der DDR, über Stasi, Repression und Widerstand und fördert die historische und politische Aufarbeitung der SED-Diktatur im Freistaat Sachsen.

Dr. Nancy Aris
Stellvertretende Landesbeauftragte

Nachzlesen: Der Koloss von Prora - Am Ostseestrand ein Bauwerk steht in der Fg vom März 2012
unter: www.first-minute-bücher.de
Rubrik: Aktuelles

Eigentlich eine Selbstverständlichkeit

Bundesländer wollen endlich die Entfristung der Reha-Anträge für Haftopfer erreichen

Dem Antrag der neuen Bundesländer, in der Versammlung des Bundesrates für eine Entfristung der Rehabilitierungsgesetze für politische Häftling und Verfolgte von SBZ und DDR zu stimmen, ist im Rechtsausschuss des Bundesrates nunmehr Rechnung getragen worden. Damit soll es nach dem Willen der Bundesländer künftig keine Antragsfristen für die Rehabilitierung von DDR-Opfern – ehemalige politische Häftlinge und Verfolgte –mehr geben.

Der Rechtsausschuss des Bundesrates folgte hierbei einem Entschließungsantrag der ostdeutschen Länder, dies teilte Mecklenburg- Vorpommerns Justizministerin Katy Hoffmeister (CDU) mit.

In dem Antrag, so die Ministerin, sei die Bundesregierung dazu angehalten worden, die nötigen Maßnahmen für die Abschaffung von Fristen in den Gesetzen für die Rehabilitierungsanträge einzuleiten. Dies müsse dann auch im Gesetzeswerk so eingearbeitet werden, dass Opfer von politischer Verfolgung in der SBZ und der DDR dies ohne sonst oft genug auftretende formalistische Hemmnisse nutzen können. Frau Hoffmeister vertritt die Ansicht, dass eine ernst gemeinte Aufarbeitung des DDR-Unrechts nur möglich ist, wenn die Opfer ihre Anträge ohne zeitlichen Druck stellen könnten. Dies entspricht auch der unterschiedlichen psychischen Verfassung, die infolge schwerer Haftnachwirkungen zu berücksichtigen sind.

Nach dem derzeitig geltenden Gesetzesstand ist eine Antragstellung nur bis Ende 2019 möglich; ein Zeitraum, der angesichts der gerade mal abgelaufenen Spanne von knapp dreißig Jahren seit dem Mauerfall viel zu kurz bemessen ist. Nachweislich sind bis heute immer noch Betroffene nicht in der Lage gewesen, den Reha-Antrag zu stellen. Wichtig ist allerdings ein ebenfalls gestellter Entschließungsantrag, demzufolge auch die Frist für die Überprüfung von Mitarbeitern im öffentlichen Dienst auf frühere Stasi-Tätigkeit aufgehoben werden soll. Nach dem derzeitig geltenden Gesetzestand würde es ab dem 1. Januar 2020 diese Regelung nicht mehr geben. Frau Hoffmeister vertritt hier – wie die SED-Opfer – die Meinung, dass unaufgedeckte Stasi- Verstrickungen bei wichtigen Funktionsträgern nicht hinnehmbar sind.

Wichtig wäre es übrigens auch, auf die Verfahrensweise bei Anerkennungsverfahren von Haftschäden spürbare Vereinfachungen zu erwirken. Nach wie vor wird es Haftopfern schwer gemacht, Gesundheitsschäden bei Gutachtern oder vor Gericht glaubhaft vorzutragen und dies angerechnet zu bekommen. Die diesbezügliche Situation hat sich mittlerweile eher verschlechtert als gebessert. Der Fall eines fast 90- jährigen Kameraden hat gezeigt, dass die neue Generation von Sachbearbeitern kaum über realistische Kenntnisse der damaligen politischen Lage und schon gar nicht über die Erbärmlichkeit der Haftbedingungen verfügt. Eine Abänderung der Misere wäre durch die Beweislastumkehr und durch die konkrete Schulung der Sachbearbeiter erreichbar. Dieses Anliegen ist allerdings nicht neu, nur wird es regelmäßig von den Politikern ignoriert. *H. Diederich*

Nach der Haftentlassung das Leben fest in die Hände genommen

Rosemarie Studera wenige Monate nach dem 90. Geburtstag verstorben

Nachdem wir im letzten Sommer in der Freiheitsglocke noch einen herzlichen Geburtstagswunsch zu ihrem 90. veröffentlicht haben, ist unsere Kameradin Rosemarie Studera zum Jahreswechsel 2017/18 unverhofft von uns gegangen. Noch bis Oktober nahm sie ihre Aufgabe in der Redaktionskommission der VOS wahr und berichtete recht ausführlich über ihre Aktivitäten im Verband und im Familienleben. Dass wir sie nun verloren haben, erfüllt uns mit Trauer, dennoch sind wir dankbar, dass sie so lange für die VOS dagewesen ist und sich so rege und belebend am Verbandsleben beteiligt hat. Über das Haft- und Lebensschicksal von Kameradin Studera haben wir oft berichtet, nicht zuletzt hat sie selbst durch die Buchpublikation von „Keep smiling, Rose“, die mit Unterstützung des Landesbeauftragten Sachsen möglich wurde, über ihre elf Monate in der U-Haft in der Potsdamer Lindenstraße dazu beigetragen, dass eine breite Leserschar etwas davon erfahren konnte und auch hier die Verhältnisse der sozialistischen Diktatur in ihren Anfängen in der SBZ erfahrbar wurden. Die Liebe zu dem englischen Offizier Frank Kelly, der angeblich ein Spion sein sollte, kam die damals gerade 18-Jährige teuer zu stehen. Sie und ihr Freund wurden 1946 vom sowjetischen Geheimdienst verhaftet. Während der Engländer übel gefoltert wurde, konfrontierte man auch sie – ohne dass dazu ein echter Grund bestanden hätte – mit Spionagevorwürfen. Doch bereut hat sie diese großartige, eigentlich nur platonische Freundschaft nie.

Natürlich war ihr Schicksal kein Einzelfall.

Auch andere junge Frauen wurden aus dem ahnungslosen Nichts in die Haft geworfen und mussten einen schweren und zeitlich viel längeren Einschnitt in ihr Leben über sich ergehen lassen, wobei die Repressalien mit der Entlassung aus der Haft in das „große Gefängnis DDR“ lange nicht abgegolten waren. Gar nicht davon zu reden, dass auch Frauen nach Workuta geschafft wurden und nicht wenige die Haft mit ihrem Leben bezahlten.

Rosemarie Studera ist nach der Entlassung aus der Lindenstraße wieder auf die Füße gekommen und hat ihr Leben fest in die Hände genommen. Es war schwer, aber sie hat sich nicht unterkriegen lassen und die Torturen der Verhöre und des Eingesperrtseins überwunden, jedoch nicht vergessen. Mit Freude und Anerkennung hat sie auf ihre Kinder und Enkel geblickt, dennoch waren der Stolz und das Selbstbewusstsein auf ihre eigenen Erfolge und die Aufarbeitung des Hafttraumas mindestens genauso groß. Ihr großer Wunsch, den einstigen Freund Frank Kelly nach dem Mauerfall in Großbritannien aufzuspüren und nachträglich etwas über die Gründe seiner Verhaftung herauszubekommen, blieb jedoch unerfüllt. *ARK*

Bundesvorstand, Bundesgeschäftsführer, Redakteur

Die Förderung der Erinnerungskultur und die Arbeit mit jungen Menschen ist weiter abgesichert

Der Landesbeauftragte für die SED-Opfer in Sachsen sieht den 177 Seiten langen Koalitionsvertrag positiv

Fg/LStU SACHSEN Der lange und heiß verhandelte Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU/SPD wurde in der ersten Februarwoche 2018 vorgelegt. Wenig wurde allerdings in den Tagen nach der Veröffentlichung über die zahlreichen Themen dieses Papiers geredet. Stattdessen standen Personaldebatten und gegenseitige Schuldzuweisungen auf der Tagesordnung von Medien und Parteigremien.

Umso erfreulicher ist es, dass sich als einer der Ersten, die das 177 Seiten starke Papier gelesen und bewertet haben, der Leiter der Landesbehörde zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zum Inhalt äußerte. Lutz Rathenow begrüßt die in diesem Koalitionsvertrag enthaltenen Aussagen zum Umgang mit SED-Unrecht. Er sieht die darin vorgesehene Entfristung der Reha-Gesetze ist grundlegend an, weil sie den Opfern der SED-Diktatur auch in Zukunft die Möglichkeit gibt, das an ihnen verübte Unrecht amtlich anerkennen zu lassen und dafür eine Entschädigung zu erhalten. Seine grundsätzliche Einschätzung: *„Dass es für politisches Unrecht der Sowjetischen Besatzungszone und DDR kein Verfallsdatum gibt, ist ein wichtiges Signal des Koalitionsvertrags.“* Lutz Rathenow ist selbst SED-Opfer, er hat im aktiven politischen Widerstand unter Verfolgung und Haft gelitten. Nach dem Mauerfall war er unermüdlich als Zeitzeuge unterwegs und ist neben der Tätigkeit in seinem Amt bei der Landesbehörde weiterhin als wissenschaftlich ambitionierter Literat tätig. Besonders positiv bewertet der Landesbeauftragte das Vorhaben der Koalition, künftig die dezentrale Erinnerungskultur zu stärken, kleinere Initiativen und Gedenkstätten besser zu unterstützen und Gedenkorte zu erhalten.

„Gerade die Landesbeauftragten, die in der Fläche arbeiten und vor Ort dezentrale Strukturen ertüchtigen, wissen, dass eine nachhaltige und zukunftsweisende Erinnerungsarbeit nicht zentral von oben durchgestellt werden kann, sondern in den Regionen entstehen muss. Doch dafür braucht es nicht nur Engagement, sondern auch die nötigen finanziellen Rahmenbedingungen. Dass dies von der Koalition erkannt wurde, öffnet Perspektiven und bietet neue Möglichkeiten.“, so der Leiter der LStU Lutz Rathenow.

Erinnerungsarbeit lebt vom Dialog in die Gegenwart. Der Landesbeauftragte begrüßt deshalb das Bemühen der künftigen Koalition, die nachwachsenden Generationen ohne eigene Diktaturerfahrung für das Unrecht der SED-Diktatur zu sensibilisieren.

Vor allem jüngere Menschen will sie dazu bewegen, Gedenkstätten zu besuchen. Dafür will sie das Programm „Jugend erinnert“ ins Leben rufen und Gedenkstättenfahrten für Schulklassen fördern. Gedenkeinrichtungen sollen bei der systematischen Weiterentwicklung ihrer Bildungsarbeit gefördert werden. Rathenow erklärt hierzu:

„Dass dafür ausreichend Finanzmittel bereitstehen und Bildungsträger wie Gedenkstätten und Landesbeauftragte personell in die Lage versetzt werden, die wachsenden Bildungsaufgaben zu erfüllen, ist eine wichtige Voraussetzung zur Erreichung der hochgesteckten Ziele. Nicht nur der Landesbeauftragte, sondern sicher auch die Verfolgtenverbände, Aufarbeitungsinitiativen und Gedenkstätten werden die Koalition an der Erfüllung der im Koalitionsvertrag formulierten Vorhaben messen und sie gelegentlich daran erinnern.“

> Wichtig: Das Unrecht amtlich anerkennen zu lassen und dafür eine Entschädigung zu erhalten sowie das Projekt „Jugend erinnert“ ins Leben zu rufen.

Das Schreckliche

Gnadenlos unter der Guillotine

Ein Wunder nur erhielt mich selbst am Leben, doch neben den grauenhaften eigenen Erlebnissen hat sich das Schicksal eines Haftkameraden eingeprägt. Es ist der britische Spion Nr. 554, der am 22. Dezember 1955 um 02.55 Uhr sein Leben verlor. Er wurde gefesselt, an die Guillotine geschnallt und enthauptet. Ich sehe diese letzten Augenblicke seines Abschieds noch vor mir: Drei grimmig schauende Schließer öffnen unsere gemeinsame Zelle und bedeuten der Nr. 12-1 herauszutreten. Der Delinquent weiß, was das bedeutet. Sein zitternder Körper, die bebenden Lippen, die weit aufgerissenen Augen sind der Ausdruck panischer Angst. Ein stummes Lebewohl und ein schicksalhaftes „Bitte, vergiss mich nicht.“

Vorausgegangen war seit dem 21. November 1955 im unterirdischen Untersuchungsgefängnis des berüchtigten von NKWD/STASI in Berlin-Hohenschönhausen in Zelle Nr. 12 ein mörderisches Szenario. Häftling Nr. 12-1 / Britischer M 16 Geheimagent Nr.554 Heinz F., vormals Stasi-Hauptmann und Leitender Architekt im Baustab der Kasernierte Volkspolizei, bekommt die Mitteilung, dass bei ihm von einem Todesurteil abgesehen wird. Stattdessen muss er eine lange Haftstrafe antreten. Irrtum. Zwei Tage später wird das Urteil geändert: Todesstrafe. Die Vollstreckung erfolgt auf der Guillotine. Ein gnadenloser, unmenschlicher Akt. Im Totenschein wird später allerdings als Todesursache stehen: Herzversagen.

Der Epilog: Um 1992 findet sich auf dem Friedhof Dresden- Tolkewitz eine leicht abgesenkte Grasfläche. Hier wird ein Massengrab entdeckt. Die Überreste zahlloser Menschen werden ausgegraben. Es ist nicht leicht, sie zu identifizieren, doch es sind einheimische und westliche ehemalige Häftlinge, sogenannte Geheimagenten. Unter ihnen mein Zellenkamerad Nr.12-1.

Kann man verstehen, dass Weihnachten für mich auch ein schlimmes Fest ist? Wenn ich einen mit Kerzen geschmückten Christbaum sehe, sind die Erinnerungen da, und ich werde unwiderruflich traurig.

Werner Juretzko/ Mich., USA
Bearbeitet u. übersetzt für Fg: ARK

Ein Katalog der politischen Verbrechen, den Honecker leugnete

Der SED-Chef stritt die Existenz politischer Häftlinge ab und gab sie zugleich zu

Die Frage, ob es in der DDR politische Gefangene gab oder nicht, ist bis heute seitens der SED- Fortsetzungspartei nicht klar bzw. ehrlich beantwortet. 1981 gab der stets großspurig auftretende Parteichef Erich Honecker einer britischen Zeitung ein Interview. Darin gab er auf die von Amnesty International hervorgebrachte Anschuldigung, dass die DDR seit ihrem Bestehen Menschen aus politischen Gründen inhaftiert halte, dreist zur Antwort, dass dies nicht stimme, denn seit der Gefangenen-Amnestie im Jahr 1979 gebe es keine politischen Häftlinge mehr.

Diese Behauptung war zum einen eine Verhöhnung all jener „Straftäter“, die zu dieser Zeit wegen ihrer abweichenden politischen Meinung, wegen eines misslungenen Fluchtversuchs, wegen eines Ausreiseantrags in die Bundesrepublik oder wegen sogenannter illegaler Verbindungsaufnahme mit „feindlichen Mächten“ als unfreiwillige „Gäste“ den Strafvollzug in dem kleinen Satellitenstaat „genossen“ oder die sich schon ganz konkret im Visier des MfS befanden und die Haft noch vor sich hatten.

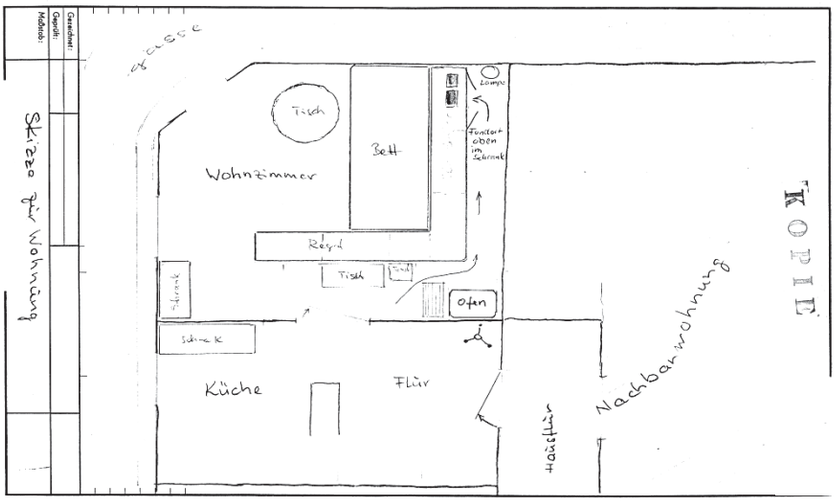
Allerdings hatte Honecker in seiner überheblichen Großspurigkeit auch zugegeben, dass es zumindest bis (!) 1979 politische Häftlinge in der DDR gegeben haben muss. Und dies nicht zu knapp und keineswegs in komfortablen Verhältnissen. Was die Titulierung und sprachgebräuchliche Klassifizierung der Delikte anging, so wurden diese nicht abgeschafft, sondern sie gehörten natürlich weiter zum Strafgesetzbuch und hießen Staatsverbrechen. Der Katalog dieser „bösen Taten“ wurde im Laufe der weiteren Jahre eher länger und detaillierter als dass er einer Schrumpfung oder gar Abschaffung entgegensah.

So gab es mittlerweile eine „Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit“ sowie „Rowdytum“, wenn sich jemand wegen ungerechter Behandlung, etwa bei der Nachfrage zum Stand des Ausreiseverfahrens in die Bundesrepublik erkundigte und dabei wegen des herablassenden Verhaltens der Mitarbeiter laut wurde oder empört gestikulierte.

Zudem wurden heimliche Aktionen wie das Beschriften von Hauswänden oder Zäunen mit Parolen wie „Nieder mit der SED“ oder „Freiheit für die politischen Gefangenen der DDR“ offiziell nicht als politische Delikte behandelt, sondern man verurteilte die Täter, so man sie zu fassen kriegte, wegen Sachbeschädigung und dergleichen, und damit waren sie auch nach außen hin als kriminell Handelnde diskreditiert.

Nicht unbedingt als politisches, dennoch als ein absurdes Delikt gehörte der Paragraf 249, Gefährdung der öffentlichen Ordnung durch sogenanntes asoziales Verhalten, in das Strafgesetzbuch. In der Tat gab es nicht mal wenige Bürger, die nicht arbeiten wollten. Das Problem, das sie der DDR damit bereiteten, war weniger das Fehlen von Arbeitskräften als vielmehr der sich ergebende Mangel an Einfluss auf die „asozialen“ Mitbürger. In der DDR vollzog sich die sozialistische Erziehung und Formung der Menschen weitestgehend über das Milieu Arbeit. Partei, Gewerkschaft, gesellschaftliche Organisationen prägten den Alltag in den Betrieben. Es gab Schulungen, Wandzeitungen und Versammlungen. Diese waren Bühnen des ideologischen Drills. Und egal, dass sie den Arbeitnehmern lästig waren, blieben doch immer ein paar Kernsätze oder Meinungsbilder sozialistischen Prägung hängen. Und natürlich, wer an den Schulungen nicht teilnahm, fand sich schnell auf einer keineswegs geheim geführten Liste des Kader- oder Abteilungsleiters wieder. Damit offenbarte sich zugleich die andere Notwenigkeit eines Paragrafens 249: Die Möglichkeit, die Werktätigen zu überwachen, sie im Falle falschen politischen Verhaltens zu ermahnen oder sie bei Auffälligkeiten gegebenenfalls an die Stasi zu melden und zu inhaftieren.

All das war im privaten Bereich nur sehr begrenzt möglich. Obzwar auch Wohnungen bei Verdächtigen mittels Wanzen abgehört wurden, konnte man hierbei jedoch keinen Einfluss auf das Verhalten und die Einstellung des Betreffenden nehmen. Ebenso wenig hatte man durch das Abhören die Möglichkeit, einen Staatsfeind vor Gericht zu stellen. Abhörprotokolle waren allein aus Gründen der Geheimhaltung entsprechender Methoden als Beweismittel vor Gericht nicht verwendbar. Das Gleiche galt bei „konspirativen“ Wohnungsdurchsuchungen, die das MfS gründlich vorbereitete und dann so durchführte, dass keine Nachbarn etwas von der im Grunde kriminellen Handlung mitbekam. Die nebenstehende Skizze gibt als Beispiel das Ergebnis einer (auch laut DDR- Verfassung) offiziell nicht zulässigen Wohnungsdurchsuchung wieder. Hierzu wurden auch ein Protokoll über den Zustand der Wohnung und eine Auflistung des entdeckten Beweismaterials angefertigt. Bei einer nachfolgenden Verhaftung hatte man bei der dann „zulässigen“ Durchsuchung ein leichtes Spiel, um auf die „Beweismittel“ zugreifen zu können.



Valerie Bosse

Skizze aus Stasi-Akte (privat)

Ist Reichtum teilbar oder nicht?

Der IKEA-Gründer ist tot. Er hinterlässt Fragen und Schulden bei den ehemalige Häftlingen

Ingmar Kamprad ist tot. Er wurde 91 Jahre, war einer der reichsten Männer auf dem Erdball und galt als geradezu genialer Unternehmer. Als Enkel sächsischer Einwanderer hatte er im südlichen Teil Schwedens auf einem Bauernhof aus einem kleinen Handwerks- und Handelsbetrieb mit sicherer Hand und kluger Strategie ein eigenes Wirtschaftsimperium aufgebaut. Dass man einen solchen Menschen über den Tod hinaus bewundert und verehrt, ist naheliegend, zumal Kamprad bei allem Reichtum und Wirtschaftserfolg nach außen hin als einfacher, geradezu spartanisch lebender Mitbürger auftrat.

Allerdings gab es auch Vorwürfe. Es ging um Steuern. Kamprad hatte sein Imperium zuletzt in mehrere Einzelunternehmen gegliedert und sie in Ländern registriert, in denen die Steuersätze niedriger lagen als in seinem eigentlichen Heimatland. Offenbar handelte er nach dem Grundsatz: Reichtum ist nicht teilbar. Seinem Ansehen hat diese Verfahrensweise kaum geschadet. Es wurde eher seinem Instinkt und der Cleverness zugerechnet und machte ihn sogar volkstümlich.

Etwas anderes, das ihn ebenso wenig im Licht der Gerechtigkeit erscheinen lässt, blieb hingegen bis zuletzt, bis zum heutigen Zeitpunkt, unklar: IKEA profierte von der Zwangsarbeit politisch und auch wegen Kriminalität inhaftierter Bürger der DDR. Dieser Vorhalt stand nach dem Fall des Eisernen Vorhangs in Europa seit Jahren im Raum, und er wurde nicht entkräftet, sondern durch eine vom Unternehmen selbst in Auftrag gegebene Studie bestätigt. Wie üblich – siehe Bahn AG – reagierte man ratlos bzw. betroffen. Auf den Gedanken einer Entschädigung bzw. Wiedergutmachung ist man nicht gekommen. Dieser Vorwurf wird auch Herrn Kamprad auf seiner letzten Reise begleiten. Schöne Worte und sentimentale Erklärungen lindern nun mal keine Not. Mag sein, dass das Tragen von Kleidung aus dem Sekundärfundus, das Kamprad der Öffentlichkeit als eine Art Botschaft an die einstmals Ausgebeuteten des Strafvollzugs senden wollte: Frei nach dem Motto: Übt Bescheidenheit, ich mache es vor. Angekommen ist diese Botschaft nicht. Die Eintragungen auf den Facebook-Seiten ehemaliger DDR-Häftlinge zeugen nicht eben von Zimperlichkeit, wenn auch sie ihre Nachrufe auf den verschlossen sich gebenden nunmehr verstorbenen Unternehmer verfassen. So begleitete ihn der Wunsch, das Möbelhaus IKEA möge ihm auf seinem letzten Weg einen Sarg bereitstellen, den er selbst zusammenbauen muss.

Spaß beiseite, ein Unternehmen, das achtstellige Gewinne einfährt und sich dann in Sachen Häftlingswiedergutmachung stur stellt, verdient nicht nur Kritik und Spott, sondern auch Verachtung. Würde man einen Bruchteil des Reingewinns für die gerechte Sache einsetzen, könnte der genannte Makel jedoch leicht in den Ruf der Tugend und der Vorbildwirkung für andere Schuldner umgewandelt werden.

Die Frage stellt sich: Warum ist das so schwer? Warum kann sich IKEA – auch im Namen Ingmar Kamprads – nicht dazu durchringen, das Unrecht zu tilgen, von dem es, wie es laut Studie zugibt, selbst profitiert hat? *B. Thonn*

Ein Feiertag für Niedersachsen

Niedersachsen und die anderen norddeutschen Bundesländer stehen vor der Entscheidung

Das Bundesland Niedersachsen fühlt sich benachteiligt, weil es im Vergleich zu anderen Bundesländern zu wenige Feiertage hat. Bisher gibt es jene acht Tage, die für ganz Deutschland gelten: Neujahr, Karfreitag, Ostermontag, Tag der Arbeit (1. Mai), Christi Himmelfahrt, Pfingstmontag, Tag der Deutschen Einheit sowie den ersten und zweiten Weihnachtstag. Während in den anderen Ländern weitere auf das jeweilige Gebiet beschränkte freie Tage hinzukommen, wobei Bayern am besten wegkommt, bleibt Niedersachsen, das keinen zusätzlichen Feiertag hat, unberücksichtigt.

Das soll sich bald ändern, soweit gibt es durch Bürger und Politiker mehrheitlich Zustimmung, soweit besteht auch Einigkeit. Welcher Anlass diesen Tag begründen soll, ist bisher jedoch offen. Seitens der evangelischen Kirche, die in Niedersachsen bisher am weitesten verbreitet war, und auch der Landesregierung wird der Reformationstag (31. Oktober) vorgeschlagen, der in einigen anderen Bundesländern seit eh als Feiertag gilt. Der Tag war anlässlich seiner 500-jährigen Wiederkehr bereits in 2017 für das gesamte Bundesgebiet als Feiertag freigegeben worden und könnte in der Tat die besten Aussichten haben. Allerdings gibt es wegen der religiösen Begründung prompt Widerspruch. Es heißt, warum nicht ein Feiertag für alle Religionen, dann käme auch der Islam zu seinem Recht.

Eher unzureichend werden geschichtspolitische Anlässe diskutiert, wobei dann innerhalb einer solchen Diskussion das Thema deutsche Teilung, SED-Opfer oder Mauerfall beinahe unter den Tisch fällt. Da kommt mit dem Vorschlag 9. November als „Schicksalstag der Deutschen“ die Variante „Überwindung der SED-Diktatur“ immerhin auf dem Umweg ins Spiel. Dieses Datum würde neben anderen geschichtlichen Ereignissen dann auch auf den historischen Mauerfall als einzigartiges Ereignis in der Geschichte Europas hinweisen. Mag sein, dass die Lobby der DDR- Ostalgiker nun behauptet, das sei vielmehr ein Anlass für einen bundesweiten Feiertag, was aber nicht stimmt. Niedersachsen grenzte unmittelbar an die DDR, es gab immer wieder Fluchtversuche durch die Elbe oder über den Harz, wobei Menschen auf tragische Weise ums Leben kamen. Mit dem Harz hatten Niedersachsen und die DDR zudem ein gemeinsames landschaftliches Areal, das auf unnatürliche Weise geteilt war. Und in jenem schicksalshaften November 1989 sah sich Niedersachsen auch mit einem großen Ansturm von über Nacht befreiten DDR-Bürgern konfrontiert. Wenn man also allen Seiten gerecht werden will, so wäre dieser 9. November die treffendste Variante. Jeder hätte seinen persönlichen Anlass, und man könnte wechselseitig den einen oder anderen Tag im Laufe der Jahre hervorheben. Übrigens gab es bis 1990 auch den 17. Juni als stillen und wichtigen Feiertag. Er wurde umgehend „abgeschafft“, wie wichtig das Gedenken an gerade dieses Ereignis auch bliebe. Dafür, so heißt es, gibt es jetzt den 3. Oktober. Sicher, auch der hat seine Bedeutung. Und doch gibt es Leute, die selbst diesen Tag als geschichtliches Ereignis gern aus dem Kalender streichen würden. *Valerie Bosse*

***Hinweis**: Ein Kommentar dazu auf S. 12 von A. Rohloff*

Solch ein rollendes Denkmal für den Totengräber der Demokratie wäre ein Hohn für die Millionen Kommunismus-Opfer

Die Empörung über einen ICE Karl Marx entlädt sich in deutlichen Protesten der VOS- Mitglieder

In großer Geschlossenheit stehen die Mitglieder der VOS bzw. die Bezirksgruppen hinter dem von Maximilian Meurer angeschobenen Protest gegen das Vorhaben der Deutsche Bahn AG, einen der neuen ICE-Züge nach Karl Marx zu benennen. So schrieb André Rohloff einen Protestbrief an den Vorstand des Konzerns, wobei er den Leitartikel aus der Freiheitsglocke Nr. 781/82 und das Buch: „Der Mythos Marx und seine Macher“ von Prof. Dr. Konrad Löw beifügte. Durch sachliche Argumente führte er die Idee des Karl-Marx-ICE, der demnächst durch Deutschland fahren sollte, ad absurdum.

Zwischenzeitlich hat der Vorstand der Bahn AG zu den Protesten Stellung genommen, was nachstehend ebenso nachzulesen ist wie die Erklärungen von VOS-Bezirksgruppen und einzelnen Mitgliedern.

Im Namen der Freiheit nicht nachvollziehbar

✉ Die Bezirksgruppe Stuttgart steht voll hinter der Forderung vom Kameraden Maximilian Meurer. Der Kommunismus ist eng mit einer Diktatur verbunden. Wir haben alle in der Haft unter solchen menschenunwürdigen Bedingungen gelebt und das diktatorische System kennengelernt.

Nun soll ein Zug mit dem Namen Karl Marx durch das Land fahren, was im Namen der Freiheit nicht nachvollziehbar ist.

Was denken sich die Namensgeber der Bahn dabei? Sind es ehemalige Stasi-Mitarbeiter die den Vorschlag machten?

Jürgen Wolf, Ensingen

Der Bürger hat zunehmend das Nachsehen

✉ Warum passt sich die Deutsche Bahn AG dem „Zeitgeist“ an und muss Gewinn machen? Seit wann ist es rechtlich zulässig, dass Staat und Kommunen zum finanziellen Gewinnmachen da sind? Mit dem Zaubertrick „Privatisierung“ hat man in den Betrieben, die eigentlich zur sozial notwendigen Befriedung der Bedürfnisse aller Bürger gegründet worden sind, diese ganz elegant "privatisiert".

Im Ergebnis gibt es jetzt viele Privatunternehmen, also Kliniken, Wohnungsunternehmen, Ver- und Entsorgungsbetriebe, Bahn AG und Post, die marktbeherrschende Monopole sind. Und die Preise steigen unentwegt, die Dienstleistungsqualität sinkt, und der Bürger hat zunehmend das Nachsehen. Bei all dem heißt es dennoch: Es ist alles rechtens.

Bei Kaiser Wilhelm gab es diese Abzocke nicht, in der Demokratie schon – verrückt, nicht wahr? Das hat die Politik, haben die Abgeordneten, prima hinbekommen.

Aber wir Bürger sind auch selbst schuld, da wir oft tatenlos zusehen! Die Landesverbände und der Bundesverband der VOS müssen sich noch stärker mit anderen Opferverbänden vernetzen und Einfluss ausüben. Können wir dann einen ICE 4 Karl Marx verhindern?

Meine Hoffnung ist, das der Vorstand der Deutschen Bahn AG, das Buch *Der Mythos Marx und seine Macher* liest und seine Entscheidung überdenkt. Oder müssen wir uns mit Mahnwachen, brennenden Kerzen, Kreuzen und Plakaten an Bahnhöfe, Übergängen und Bahnstrecken aufstellen, um auf den Mythos und die falsche Verklärung eines längst nicht mehr aktuellen Ungeistes aufmerksam zu machen?

André Rohloff

„Werden Sie Ihrer Verantwortung gerecht!“

Protest gegen die ICE-4-Namensgebung "KarI Marx"

Sehr geehrter Herr Dr. Lutz,

✉ mit Verärgerung und Empörung haben wir von Ihrer Absicht gehört, einem Zug der neuen Baureihe ICE 4 den Namen „Karl Marx“ zu verleihen.

Die Deutsche Bahn ist eines der größten deutschen Wirtschaftsunternehmen und steht in seiner historischen Entwicklung gerade eindeutig für eine gelungene deutsche Wiedervereinigung. Damit sie sich aber auch nicht aus einer entsprechenden politischen Verantwortung und konsequenten Haltung zu den Reliquien des kommunistischen Regimes in der ehemaligen DDR heraus mogeln.

Karl Marx ist der Urvater der kommunistischen Ideologie, die spätestens seit 1917 unsäglich viel menschliches Leid, Unglück und millionenfachen Tod in ganz Europa und nicht zuletzt in Deutschland maßgeblich verursacht hat.

Es wäre eine grobe Missachtung gegenüber den deutschen Opfern der kommunistischen Diktatur denen wir mit unserer Opferorganisation eine Heimstatt geben – sowie auch den vielen anderen Menschen, gerade im Osten Deutschlands, wenn Sie einen ICE mit dem Namen von Karl Marx quer durch Deutschland fahren lassen würden.

Gegen diese Absicht der Deutschen Bahn protestieren wir auf das Schärfste. Sorgen Sie mit Ihrer Kompetenz dafür, dass diese Entscheidung zurückgenommen wird.

Detlef von Dechend

Die Protest-Resolution wurde von weiteren zwölf Mitgliedern der VOS-Bezirksgruppe Rhein-Ruhr unterzeichnet. Dazu heißt es, dass diese Mitglieder die Protest- Resolution gegen die Namensgebung Karl Marx unterstützen. Wörtlich: Wir empfinden es als eine unbeschreibliche Instinktlosigkeit und Missachtung der Millionen von Toten der kommunistischen Diktatur, dem Begründer dieser Ideologie, der Mitverantwortung daran trägt, mit der geplanten Namensgebung nachträglich ein weiteres Denkmal zu setzen.

Buchtipp:

Für alle, die sich kritisch mit dem Philosophen und Ökonomen Marx auseinandersetzen wollen. Erstmals in den 1970er Jahren erschienen, jetzt preiswert im Internet.

Weiter zum Thema: nächste Seite

Die Forderung nach der Freiheit für unser deutsches Volk

Über die zunehmende Verwässerung des Wirkens der Geschwister SCHOLL!

Was ist heutzutage noch „heilig“ und wer wird fälschlicherweise als großartig und geschichtlich bedeutend angesehen? Nachdem die Deutsche Bahn AG ihre wunderbaren neuen Züge nach Karl Marx und den Geschwistern Scholl benennen wollte, stellt sich die Frage, was überhaupt noch auf Wahrheit und Respekt geprüft wird, wenn man sich in blindem Eigennutz und im Streben nach Glanz und Auffälligkeit damit schmücken will.

Das Wirken der Geschwister Scholl, wird heute zu aktuell politischen Zwecken instrumentalisiert und ihr Andenken banalisiert. Die Mitglieder der Widerstandsgruppe Weiße Rose erlitten Verfolgung, Haft und Todesstrafe. Sie standen für eine intellektuell hochstehende, von umfassender philosophischer Bildung und christlicher Überzeugung getragenen Motivation / Rechtsstaatlichkeit, wobei es ihnen nicht um eine bestimmte Verfassungsform ging.

Nach Alexander Schmorell *(Mitglied der Widerstandsgruppe Weiße Rose und seit dem 04. 02. 2012 Heiliggesprochener in der der russisch-orthodoxen Kirche)* war die Weiße Rose ihrem Selbstverständnis nach ein elitärer „Bund“, der „Auserwählten“ gegen die „Masse“.

Es wird heute nahezu vollständig der nationale Gesichtspunkt im Kampf der Weißen Rose, genau wie ihre Prägung durch die Ideale der bündischen Jugend ausgeblendet. Ihr geistiger Vater Professor Kurt Huber brachte es in seiner Verteidigungsrede mit folgenden Worten deutlich genug zum Ausdruck „Ich fordere die Freiheit für unser deutsches Volk zurück.“

Wenn sie aber heute zunehmend für eine diffuse Form der „Zivilcourage“ herhalten müssen, so kann man dieses Phänomen in der verstärkten „Politisierung“ des Widerstandsbegriffs und in der Verschiebung von der ideen- zur sozialgeschichtlichen Methode sehen oder im eigenen Veränderungswillen unter Auslassung der historischen Tatsachen. *André Rohloff*

Aus dem Tagebuch der kritischen Gedanken zitiert:

Die Unfähigkeit, sich in der Geschichte zu orientieren und sich in den gesellschaftlichen Vorgängen auszukennen, schafft diverse falsche Vorstellungen von der Wirklichkeit, bis sie Allgemeingut sind und man diese nicht nur selbst glaubt und für sie kämpft. Auch andere nehmen sich die falschen Bilder an und schaffen Mythen, die sich ausbreiten wie ein Flächenbrand.

Was einmal den Flammen der Legendenbildung zum Opfer gefallen ist, lässt sich nur schwerlich korrigieren und neu aufforsten. *Paul G. Thiesreuther*

Falsche Einschätzung bei der Wahrnehmung erkannt oder nur Angst vor weiteren Protesten?

Der Bahn Vorstand reagiert bereits auf die empörten Anti-Marx-Reaktionen

Bei unserem Kameraden André Rohloff traf Anfang des Jahres ein Schreiben der Bahn AG ein, das die Bahn auf den 4. Januar datiert hatte. Darin wird im Namen von Herrn Dr. Richard Lutz, Mitglied des Vorstands, auf André Rohloffs Schreiben vom 27. 12. 2017 geantwortet. Wörtlich heißt es:

Für Ihre offenen und konstruktiven Worte bin ich Ihnen verbunden. Gerne schildere ich Ihnen den Stand unserer Überlegungen.

Die Deutsche Bahn hat ein neues Zugnamenkonzept entwickelt, das auf unsere jüngsten Fernverkehrszüge, die ICE 4, angewandt werden soll. Diese nehmen ab Dezember 2017 ihren Betrieb auf und sollten sukzessive die Namen bedeutender Persönlichkeiten erhalten. Die Namen wurden in einem Prozess mit breiter öffentlicher Beteiligung und wissenschaftlicher Begleitung gefunden. Hierbei wurde zum Beispiel auch der Name Anne Frank vorgeschlagen und ausgewählt. Unser Ziel war es, damit zum Gedenken an die Persönlichkeit Anne Frank beizutragen.

Nun zeigen aber Reaktionen, dass die öffentliche Wahrnehmung dieser Auswahlentscheidung von uns falsch eingeschätzt worden ist. Deshalb haben wir nun die geplanten Zugtaufen zurückgestellt. Aufgrund der Debatten werden wir unser gesamtes Zugnamenkonzept einer erneuten kritischen Prüfung unterziehen.

Mit freundlichen Grüßen J. O. Voß

Absurdität und Lüge im Alltag: die DDR im Zerrspiegel des *Normalos*

Heinz Scheider und sein Buch im Blickpunkt

Vor einigen Jahren erschien Heinz Schneiders Buch „Die Absurdität des Normalen“. Zu diesem interessanten Werk äußerte sich Jörg Hildebrandt, der Mann der verstorbenen Politikerin Regine Hildebrandt in einem persönlichen Schreiben wie folgt: „Mir scheint, Ihre Biografie lässt es wahrhaftig werden, wie wir also viele Menschen neben Ihnen – im zurückliegenden Jahrhundert (und besonders in der DDR-Zeit) mit der Absurdität als der „normalen“ Alltäglichkeit zurande kommen mussten. So steht Ihr Leben pars pro toto. Für bewundernswert halte ich es, dass Sie Kraft und Wagemut in dem gelungenen Versuch zusammenzufassen vermochten, „kaum glaubhafte Erlebnisse“, wie Professor Bruns schreibt, dennoch glaubhaft, also überzeugend und verlässlich, zu schildern.“

Heinz Schneider war kürzlich in der TV-Produktion „Von Spreewaldgurken bis FKK“ zu sehen, eine NTV-Serie, in der überwiegend prominente DDR-Bürger ihr Urteil über den untergegangenen SED-Staat abgaben. Vieles – Engpässe und Warteschlangen – verleitete zum Schmunzeln oder Kopfschütteln, da es sich um Ärgernisse handelte, die der Zuschauer jetzt überwunden hat. Mit der eigentlichen Wirklichkeit – Repressalien und politische Haft – wurden die Fernsehkonsumenten weitestgehend verschont. *B. Thonn*

Was ist für uns Opfer herausgekommen?

Keine Rückmeldung in Sachen „Wahlprüfsteine“

✉ Ein Wunschpaket kommt selten allein. Wo sind unsere Wahlprüfsteine weiter hin gerollt?

Von und unter den Parteien wird zurzeit vieles verhandelt.

Sind wir dabei?

Chancen gibt es genug. Viel Geld wird für so manchen Zweck verteilt. Auch für uns?

Gibt es etwas Neues über den Stand der „Wahlprüfsteine“ zu berichten?

Mit freundlichen Grüßen
Karl-Heinz Genath

Anm.: Die Wahlprüfsteine werden üblicherweise vor der jeweiligen Wahl eingereicht und auch vorher beantwortet. Dies war bis zum September und ist in der Freiheitsglocke soweit verfolgt worden, wie es dazu Rückmeldungen gab.

Wie an anderer Stelle in dieser Ausgabe berichtet, ist leider in den Koalitionsverhandlungen für SED-Opfer keine finanzielle Verbesserung erzielt worden. Dies war bereits durch die Wahlprüfsteine, auf die von den Parteien unterschiedlich bzw. gar nicht (SPD) reagiert wurde, zu erwarten gewesen.

Die politische Lage im Land ist bekanntlich so, dass andere Themen die Geschichte und Schicksale der SED-Diktatur flächendeckend überlagern. Am Beispiel des Themas Zwangsarbeit ist zu sehen, dass die einstigen Nutznießer dieses Unrechts in Tatenlosigkeit verharren. Sie kommen nicht auf den Gedanken, Wiedergutmachungen zu leisten, obwohl die vorliegenden Studien das begangene Unrecht definitiv nachweisen und die Fg seit langem ausführlich dazu berichtet hat.

Der Weg dazu muss daher von den Opfern bzw. deren Verbänden selbst eingeschlagen werden. Die Freiheitsglocke bzw. der Redakteur wird gern über Ergebnisse, Fortschritte und geplante Maßnahmen berichten, wenn der Bundesvorstand der VOS oder andere Verbände und Initiativen hierzu Informationen vorlegen.

An Kamerad Genath geht hiermit ein herzlicher Dank für seine vielen Hinweise. *ARK*

Von Zwangsarbeitern erwirtschaftet

Man sollte die SED-Gelder auch für politische Häftlinge einsetzen

💻 Zumindest einen Teilbetrag der erneut aufgetauchten 185 Millionen Euro aus dem Sondervermögen der ehemaligen Parteien und Massenorganisationen der DDR sollte auch SED-Opfern wie den früheren Zwangsarbeitern aus DDR- Gefängnissen, zu Gute kommen. Diese Meinung vertritt Hartmut Büttner, der Sprecher des Niedersächsischen Netzwerkes für SED- und Stasiopfer.

Der ehemalige Bundestagsabgeordnete will die Ministerpräsidenten der Neuen Bundesländer anschreiben und sie bitten, nicht nur wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zwecke damit zu finanzieren.

„Ein großer Teil der versteckten Millionen der ehemaligen Einheitspartei der DDR ist in den Haftanstalten von Zwangsarbeitern erwirtschaftet worden, deshalb wäre es nur gerecht und legitim, wenn zumindest ein Teil der gefundenen Beträge den Opfern von SED und Stasi zu Gute kommen würde“, betont Büttner in seinem Appell an die ostdeutschen Ministerpräsidenten.

Besonders der Bereich „Kommerzielle Koordinierung“ des ehemaligen DDR-Devisenbeschaffers Alexander Schalck-Golodkowski koordinierte zahlreiche Tarnfirmen und versteckte große Geldbeträge, als die Demokratie in der DDR begann sich durchzusetzen.

Eine „Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen in der DDR (UKPV)“ war nach der friedlichen Revolution im Jahr 1990 von der freigewählten Volkskammer zur Aufdeckung dieser Machenschaften eingesetzt worden. Die Kommission hatte festgestellt, dass zwischen dem 1.Oktober 1989 und dem 31. August 1994 vier Milliarden Mark aus dem SED/PDS Vermögen zumeist im Ausland versteckt worden sind. In jahrzehntelangen Ermittlungen und Verhandlungen gelange es zumindest einen Teilbetrag des verschwundenen Vermögens bspw. in Österreich oder der Schweiz sicherzustellen.

Die VOS dankt Hartmut Büttner

Der 9. November 2017

Das Gedenken ist fast so wichtig wie das Ereignis selbst

💻 Anlässlich der im Zuge der Friedlichen Revolution vor 28 Jahren durchbrochenen Mauer der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft erinnerte das Forum zur Aufarbeitung des SED-Unrechts in Brandenburg mit einer Gedenkveranstaltung an der Mauergedenkstätte Griebnitzsee/ Einmündung Stubenrauchstraße an die Aktionen der Bürgerbewegung, die wesentlicher Bestandteil am Sturz der SED-Diktatur wurden. Als Redner traten der Vorstandsvorsitzende des Vereins, Manfred Kruczek sowie der Vertreter der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Rainer Potratz auf. Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Frau Dr. Maria Nooke, unterstützte diese Veranstaltung.

Terror und Gewalt als zentrales Element

Leipziger Gedenkstätte erinnert an Tschekisten-Terror der DDR

💻 Vor 100 Jahren begann die erste kommunistische Diktatur. In der Sowjetunion setzte Lenin diese von Anfang an mit massivem Terror durch. Allein in den ersten beiden Jahren ermordete die neu gegründete Geheimpolizei „Tscheka“ weit über eine Millionen Menschen. Die DDR-Staatssicherheit sah sich in ihrem Wirken zum Schutz der SED-Diktatur in deren direkter Tradition und bezeichnete sich selbst als „deutsche Tschekisten“.

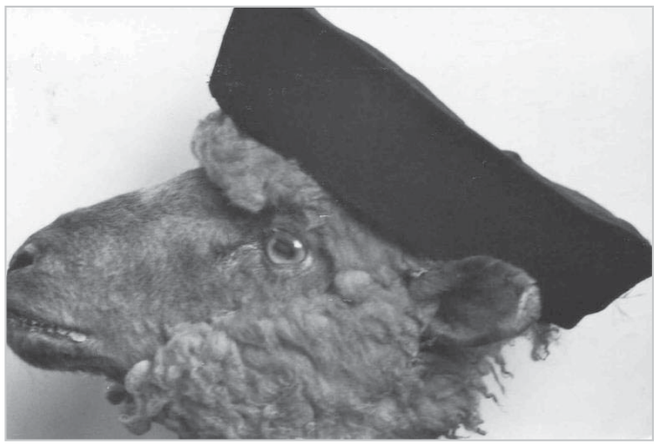
Anlässlich des 4. Dezembers, an dem 1989 in Leipzig die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit friedlich besetzt wurde, thematisierte die Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ in Leipzig den direkten Zusammenhang zwischen kommunistischer Ideologie sowie bewusster Anwendung von Terror und Gewalt. Die sowjetische Tscheka und ihr Chef Dserschinski waren Vorbild für die anderen kommunistischen Geheimpolizeien. Wenige Monate nach der Gründung der DDR wurde nach sowjetischem Vorbild das Ministerium für Staatssicherheit gegründet.

Eine Heerschar von Intellektuellen gegen das eigene Volk gezüchtet

Weitere Zahlen und Fakten zu den Absolventen und Fachrichtungen der Stasi-Hochschule

Durch die Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des MfS habe ich eine Dokumentation über die "Juristischen Hochschule" (JHS) des MfS erhalten. Aus dieser Studie wird das Ausmaß der Dissertationen der besagten Hochschule sichtbar. Folgendes entnahm ich der Dokumentation (Abteilung Bildung und Forschung; Reihe A Nr.2/94): Nach dem Vorläufigen Statut von 1965, das von Minister Mielke, und vom Staatssekretär für das Hoch- und Fachschulwesen, Prof. Dr. G. bestätigt wurde, war die Hochschule dem MfS-Chef Mielke direkt unterstellt. In dem von Mielke (aber nicht vom Minister für Hoch-und Fachschulwesen) bestätigten Statut von 1981 wurde diese Zuordnung beibehalten, und es wurde festgelegt, dass die HA (Hauptabteilung – d. Red.) Kader und Schulung ein Mitspracherecht in Form eines Delegierungsprogramms bei der Zulassung zum Studium hatte.

1986 wurde von Mielke bekanntgegeben, dass die Hochschule "anleitungsmäßig“ dem Leiter der *HA Kader und Schulung,* Generalmajor M., unterstellt wurde.



Die "Anleitung" der *HA Kader und Schulung* betraf vor allem die Zuständigkeit bzw. Mitsprache bei der Ausarbeitung der Lehrprogramme, die Zulassungen zum Studium und die Personalangelegenheiten der Hochschule. Der Leiter der *HA Kader und Schulung* war zudem in Ausübung seines Amtes Mitglied des Wissenschaftlichen Rates der Hochschule.

1974 waren an der JHS einschließlich der von 45 Personen bestehenden Wacheinheit 545 Mitarbeiter tätig. Fast alle hatten einen militärischen Rang, darunter sogar Stenotypistinnen, Kraftfahrer, Heizer und Raumpflegerinnen. Etwa 150 Mitarbeiter konnten dem Wissenschaftsbereich zugeordnet werden. Die militärischen Ränge waren nicht eben niedrig. Leiter der Sektionen: Oberst, Leiter der Lehrstühle und wissenschaftlichen Abteilungen: Oberst bzw. Oberstleutnant, Dozenten: Oberstleutnant, Oberassistenten: Oberstleutnant oder Major, Wissenschaftliche Sekretäre: Major.

1989 gab es in der JHS 761 Mitarbeiter, von denen die Hälfte in Wissenschaftsbereich tätig war. Von 1951 bis September 1984 nahmen an Hochschullehrgängen, Fachschullehrgängen, am postgradualen Studium, an Qualifizierungs- und Einzellehrgängen 14.082 und an Lehrgängen für die Diensteinheiten des MfS 10.557 Mitarbeiter teil. Eine gewaltige Heerschar, wie man sieht, wobei der ideologische Drill einen wesentlichen Anteil hatte.

Das Hochschulstudium mit dem Grad Diplomjurist schlossen in der Zeit von 1963 bis 1984 insgesamt 2.739 Mitarbeiter ab, davon1.000 Teilnehmer an Hochschuldirektlehrgängen, 1.657 an Hochschulfernstudienlehrgängen, 82 an externen Hochschullehrgängen. Da eine Diplomarbeit auch von mehreren Diplomanden gemeinsam verfasst werden konnte, steigt die Anzahl der Abschlüsse als Diplomjurist auf eine – bisher nicht bekannte – hohe Anzahl der Diplomarbeiten.

Die Anzahl der Absolventen des Fachschulstudiums von 1968 bis 1984 mit dem Abschluss Fachjuristen betrug 7613.

Man muss sich dies alles auf der Zunge zergehen lassen. Ich fordere nach wie vor: Diese Abschlüsse müssen durch den Deutschen Bundestag auf ihre Gültigkeit und Vereinbarkeit mit dem Rechtsstaat überprüft werden. Dazu muss eine öffentliche Anhörung bzw. ein Kolloquium erfolgen. In letzter Konsequenz kann es nur dazu kommen, sie – und zwar in allen Belangen – für ungültig zu erklären.

In der Zeit von 8. bis 10. Juni 2018 findet in Potsdam der Bundeskongress der Landesbeauftragten statt. Wir sollten *diese Veranstaltung* an historischer Stelle der ehemaligen "Juristischen Hochschule" des MfS nutzen und auf diese *undemokratischen Abschlüsse*, die uns allen g e s c h a d e t haben, aufmerksam machen.

> ***Gegen das Vergessen:***
> Wir müssen versuchen, mit der Aufklärung der vergangenen Zeit ehrlich und kompromisslos voranzuschreiten. Nur dann können wir Gerechtigkeit im Sinne aller Opfer finden und das wirkliche Leben zurückbekommen.
> *Andreas Kaiser*

Hinweisen sollten wir darauf, dass ehemalige Absolventen dieser Hochschule bis heute praktizieren. Bekanntlich arbeiten ehemalige Haftrichter, Vernehmungsoffiziere und sonstige MfS-MitarbeiterInnen bis heute im Öffentlichen Dienst oder haben sich als Rechtsanwälte oder Sachverständige niedergelassen. Leider ist dies im Einigungsvertrag so ausgehandelt worden und wir stehen dem rechtlich machtlos gegenüber. Das kann uns aber nicht daran hindern, dies publik zu machen, dagegen zu protestieren und Forderungen an die Politik zu stellen. Eine Protestveranstaltung an authentischer Stelle in Potsdam-Eiche könnte uns da weit voranbringen! Um eine solche Veranstaltung zu ermöglichen habe ich mittlerweile die Genehmigung bei der Behörde Der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAkD) beantragt. Es wäre mir wichtig und der Sache hilfreich, wenn ich durch unseren Vorstand und die VOS-Mitglieder breite Unterstützung erfahren könnte. *Peter Heubach*

***Kollage**: Der Scha(r)frichter – Kämpfer mit marxistisch-leninistischem Studienabschluss v. Andreas Kaiser (Künstler, VOS)*

NoGroKo, Neuwahlen und dann immer noch keine Regierung?

Die Absurditäten im Verhalten der SPD stürzen das gesamte Land in eine große Verunsicherung

Kürzlich war in einem Beitrag im Internet zu lesen, die Menschheit würde im Jahr 2050 nicht mehr existieren. Die Prognose war nicht als Satire gedacht, und trotzdem haben wir eigentlich alle darüber gelacht. Seit dem 21. Januar 2018 sind nun die Zweifel an der Richtigkeit der Voraussage erheblich gesunken. Es war der Parteitag der SPD, und jeder konnte mit erleben, wie sich die Mitglieder der einstigen Volkspartei zerfleischen und wie sie sich anschicken, sich auszurotten.

Sicher, die einleitende Behauptung fällt ganz sicher unter die Kategorie „bitte nicht allzu ernst nehmen“, und doch kann man über das, was die älteste Partei Deutschlands – auch noch in aller Öffentlichkeit – abliefert, den Kopf schütteln. Dabei ist es nicht nur die Sorge um den Fortbestand – von einer Erneuerung sollte man sowieso nicht reden – der ältesten deutschen Partei, die uns Bürgerinnen und Bürger bewegt. Es geht hier auch um unser Land. Die SPD blockiert – nachdem die FDP dies ebenfalls schon getan hat – die Bildung einer neuen Regierung. Der Wackeltanz der Ungewissheit lässt die Politikverdrossenheit anwachsen, das Ansehen der Parlamentarier schwindet zusehends, wobei man die CDU-Spitze keineswegs ausnehmen darf. Würde es nicht dieses Festhalten an den großen Posten und Ämtern geben, hätten wir bereits nach dem Scheitern der Verhandlungen für „Jamaica“ Neuwahlen ansetzen können. Vieles wäre leichter und klarer geworden – oder auch nicht, denn ob es dann überhaupt zur Mehrheit für eine Regierung mit den „Altparteien“ reicht, ist offen.

Dass die Wähler auf das Abstimmungsergebnis der SPD- Mitglieder warten müssen, kann man nur als Zumutung bezeichnen. Ist der Vorstand – egal, wie er nach dem 22. April aussieht – nicht in der Lage, eine Entscheidung zu treffen? Bei den Menschen im Land herrscht Unverständnis, dass diese rund 450.000 Genossinnen und Genossen über die Bildung einer neuen Regierung entscheiden dürfen. Ohnehin könnten ausgerechnet jene knapp 25.000 Neumitglieder dafür sorgen, dass es bei der Abstimmung zur „NoGroKo“ kommt. Und wenn sich am 4. März tatsächlich dieses Nein ergibt, wird im Land die Stimmung nicht eben besser werden. Da nimmt die Politik allgemein weiterhin Schaden wie die SPD im Besonderen.

Deutschland und die Parteien

Wir alle sind von dem Machtkampf um die Kanzlerschaft und das übrige Posten-Geschacher eher genervt denn angetan. Den Führungsplatz in der Liste der Peinlichkeiten hält freilich die SPD. Man muss kein Fan von Martin Schulz sein, um die Frage zu stellen, warum ihn die eigene Partei erst wie einen Messias hofiert, um ihn nach einem für ihn aufreibenden Jahr mit einem Tritt abzuservieren. Und dies, nachdem er gegenüber Merkel für die SPD gute Regierungsbedingungen heraus gehandelt hatte. Dass man ihm letztlich den Posten als Außenminister nicht gegönnt hat, war schäbig und egoistisch. Vielleicht wäre gerade dieses Amt das für ihn passende gewesen. Seine Rhetorik ist von Ausdauer gekennzeichnet, er hat jede Menge Erfahrung in der internationalen Politik.

Der Parteitag im Januar hat gezeigt, welches Potenzial an Respektlosigkeit und Undankbarkeit der SPD innewohnt. Es sind vor allem die Jusos, die destruktiv blind eine Lawine losgetreten haben, die der SPD im Falle von Neuwahlen ein ungeahntes Desaster bescheren wird. Man muss sich in der Politik und in den Parteimechanismen nicht auskennen, um zu wissen, dass es diesen jungen Kräften nicht um politische Inhalte, sondern vielmehr um den Sturz der „Alten“ und eine linksorientierte Neuausrichtung der Partei geht.

Am Ende der Parteitagsdebatte vom 21. Januar haben sich viele Zuschauer gefragt: Was unterscheidet diese aggressiven Jusos noch von den Auftritten und Zielen der Linken?

Wir wissen von der SED- Nachfolgerin, dass sie unsere gerade noch eben demokratische Staatsordnung abschaffen will. Auch wenn das von einigen blauäugigen Mitbürgern nicht bemerkt worden ist, sehen die meisten, woran wir bei dieser Partei sind. Da die Jusos, zumindest jene Wortführer des Parteitages, mit angeblich sozial gerechten Forderungen auftreten, stehen sie genaugenommen mit mehr als einem Fuß bereits im Lager der Linken. Der Ruf nach einer linken Massenbewegung, wie Sarah Wagenknecht das propagiert, kommt da geradezu passend. Es ist das Heulen des Wolfes im Schafpelz, denn die Linke ist nicht minder zerrissen als die SPD. Und man sollte sich nicht wundern, würde der Ruf über kurz oder lang sogar erhört werden. Das wiederum hätte zur Folge, dass sich die Linke wieder auf das alte SED-Hardliner-Relikt reduziert und unter fünf Prozent fällt. Die Wahlprozente der SPD, sollte sie sich auf solch einen riskanten Plan einlassen, würden ebenfalls schrumpfen. Das Lager der Linken wäre somit zersplitterter denn je.

Dies alles heißt jedoch nicht, dass wir mit den anderen Parteien, mit den Politikerinnen und Politikern, zufrieden wären. Dass uns die FDP mit ihrem Rückzieher enttäuscht hat, muss nicht erwähnt werden. Es wird für sie nicht leichter sein, sich von der AfD abzugrenzen, zumal man ja auch im Bundestag dicht nebeneinander sitzt. Und Frau Merkel? Kann sie noch in den Spiegel schauen, wenn die Union im Falle von Neuwahlen nachher gerade so die 30-Prozent-Hürde übersteigt?

Was wir in der Politik brauchen, sind nicht unbedingt junge Leute, sondern solche, die unverbraucht und uneigennützig agieren und die in den Interviews nicht immer nur von sich reden, anstatt auf die Fragen der Menschen im Land einzugehen. *Tom Haltern*

Es sind die Irrlichter, die allmählich immer schwächer flackern

Wer Karl und Rosa derart blind ehrt, um sich selbst zu inszenieren, geht den falschen Weg

Mittlerweile fühlt man sich an den Einzug des SED-Politbüros in die Parteitagsarena erinnert, wenn im Januar in Berlin- Friedrichsfelde die Linken-Lobby in warme Winterkleidung verpackt und mit sichtlich greisen Zügen und steifen Bewegungen zum Aufmarsch zu Ehren der Umstürzler Liebknecht und Luxemburg mit Kränzen und Sträußen erscheinen. Sicher, gern gekommen waren sie noch nie. Aber es gehört dazu, und manch einer trägt die Hoffnung mit sich, dass es im nächsten Jahr, wenn es eine große Feier anlässlich des 100-jährigen Gedenkens geben dürfte, das letzte Mal sein wird, dass die Teilnahme Pflicht ist.

Natürlich, kein demokratisch denkender Mensch wird diese Morde jemals akzeptieren, mag man auch noch so unterschiedliche politische Auffassungen haben. Dennoch sollten alle, die hierher kommen und die Ermordeten betrauern, auch daran denken, dass unter dem Deckmantel marxistischer Ideologie und – leider – unter Verwendung der Ikonen Liebknecht und Luxemburg politisch Andersdenkende großenteils Freiwild waren und ebenfalls ermordet worden – und dies unter der offiziellen Berufung auf „Karl und Rosa“. Die Frage stellt sich, ob sich diese Politiker überhaupt selbst ernst nehmen, wenn sie unter Fahnen marschieren, auf denen nicht nur Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht abgebildet sind, sondern auch Stalin und Mao. Da muss man fragen, ob nicht bald auch Honecker und Breschnew in diese absurde Galerie eingegliedert werden. Oder Kim Jung Un.

Nachfolgend hat unser Kamerad André Roloff festgehalten, wie er den Aufmarsch der Ewiggestrigen empfunden hat.

Es ist phänomenal und erschütternd, welche Macht die Geschichtsmystik der radikalen Linken, im Kern der Kommunisten, nach wie vor hat.

Es ist ein Irrtum, dass mit dem Mauerfall 1989 und dem Zusammenbruch des Ostblocks sich die Grabplatte über der dahingeschiedenen sozialistisch- kommunistischen Idee irreversibel geschlossen hätte, und das obwohl in allen Ländern der Welt der Sozialismus gescheitert ist. Der Sozialismus hat Armut, Not, unzählige Todesopfer und Unfreiheit gebracht, aber ausgerechnet in Deutschland feiert diese Missgeburt der Internationalen Politik eine Wiederauferstehung, die Ihresgleichen sucht.

Wie quicklebendig diese Mythen sind, wird deutlich bei der Berichterstattung über die alljährliche Gedenkkundgebung der SED-PDS-Linke.PDS, zur Erinnerung an die 1919 von Freikorpssoldaten ermordeten KPD-Führer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Warum weist keine Zeitung daraufhin, dass es sich bei diesen KPD-Führern, um Verfechter eines totalitären Umsturzversuches handelte, die den an vorderster Front von Sozialdemokraten erkämpften demokratischen Verfassungsstaat durch eine Revolution beseitigen wollten.

Anstatt dieses alljährlich klarzustellen, berichten die Medien, über die Sympathisanten für die Kommunistenführer vom Zentralfriedhof Berlin-Friedrichsfelde oder auch von der Veranstaltung an Gedenksteinen der VVN-BdA.

Der jüngste Akt des linken Geschichtsrevisionismus und seiner Protagonisten liegt noch nicht lange zurück, denn die Prozession der kommunistischen Ökumene fand wieder einmal statt.

Wie ist es möglich, dass sich immer noch eine Ideologie als „human“ in unserer Gesellschaft präsentieren kann, die zwischen 1917 und 1989 in ihren „Schlachthäusern“ über 100 Millionen Menschen vernichtet, die Russland, halb Europa über Jahrzehnte in die Finsternis geführt haben, dass die Märtyrer dieses Exzesses heute noch für zivilisierte Menschen als verehrungswürdig gelten?

Was setzt die SPD diesem Liebknecht/Luxemburg-Mythos entgegen? Warum erinnert sie, die ihre Parteistiftung nach Reichspräsident Friedrich Ebert benannt hat, nicht daran, dass dessen Regierung ohne die von SPD-Reichswehrminister Gustav Noske betriebene blutige Niederschlagung des Spartakus-Aufstandes von Liebknecht und Luxemburg aus dem Weg geräumt worden wäre?

Ist der SPD-Kurs ungetrübt von der Erinnerung an die eigene Geschichte?

Geschichtspolitik ist nicht rückwärtsgewandt. Mit Geschichtspolitik werden die politischen Gewichte verteilt. Während Bürgerliche und Sozialdemokraten schlafen, bestellen andere in aller Ruhe das Feld. So marschieren DIE LINKEN Kommunisten in westdeutsche Landtage, in den Bundestag ein, und die SPD „biedert“ sich als Steigbügelhalter an.

„Die bundesrepublikanische Gesellschaft bietet ein erstaunliches Schauspiel einer Rechten, die nicht als solche auftreten kann, ohne dass man sie des „Faschismus“ „Rechtsradikal“ bezichtigt, und einer Linken sowie einer extremistischen Linken, die sich jederzeit sozialistisch, kommunistisch oder marxistisch nennen und dabei ganz fraglos behaupten kann, daß ihre Doktrinen nichts mit dem Stalinismus, noch überhaupt mit irgendeiner historisch verwirklichten Form des Sozialismus … zu tun hätten.“
Alainde Benoist, Krefeld 1985

Wann wird endlich die Leugnung kommunistischer Verbrechen unter Strafe gestellt?

Die Opfer der „moderaten“ DDR-Diktatur werden die Verbrechen dieser „Kommunisten“ jedenfalls nicht vergessen! *Andre Roloff*

Das Zitat:
Der größte Feind der Wahrheit ist nicht die Lüge – absichtsvoll, künstlich, unehrlich –, sondern der Mythos – fortdauernd, verführerisch und unrealistisch.
John F. Kennedy

Anm.: Leider standen in diesem Jahr keine Fotos der VOS-Kameraden, die natürlich bei der jährlichen Veranstaltung Präsenz zeigten, zur Verfügung. Andererseits müssen wir uns die Vertreterinnen und Vertreter der Linken oft genug in den Medien ansehen, so dass wir sie nicht auch noch in der Fg abdrucken sollten. Wer sich trotzdem entsprechendes Fotomaterial ansehen will, die oder der sollte die facebook-Seiten unserer Mitglieder und Sympathisanten besuchen. *ARK*

Wir haben das Richtige zum falschen Zeitpunkt gewollt

Zum Tode unseres Kameraden Joachim Marckstadt

Am 31.12. 2017 verstarb unser Kamerad Joachim Marckstadt im Alter von 81 Jahren. Achim Marckstadt gehörte zu den treuesten und aufrichtigsten Kameraden, die die VOS jemals hatte. Er nutzte trotz seiner Einschränkungen jede Gelegenheit, um an Treffen und Versammlungen teilzunehmen, er war da, wenn er gebraucht wurde, und man hörte in Bezug auf unser Verbandsleben von ihm nie ein böses Wort oder erfuhr ein Zeichen der Unzufriedenheit. So wie die VOS ein großes Stück Heimat für ihn war, war auch er selbst ein Stück Heimat für die VOS und unsere Mitglieder.

Achim Marckstadt wurde 81 Jahre. Wir werden ihn vermissen, aber wir werden das Gedenken an ihn in unseren Herzen weitertragen. Die historisch wichtige Leistung im Sinne für Freiheit und Demokratie, für die er bitter büßen musste, wird unvergessen bleiben.

Lesen Sie nachstehend die leicht gekürzte Trauerrede seines Freundes und Weggefährten Dr. Carl-Gerhard Winter.

Der Tod eines Vereinsmitglieds und Kameraden ist ein trauriger Anlass, gerade dann, wenn es sich um eine Person handelt, die dem Verband viele Jahre die Treue gehalten und aktiv mitgearbeitet hat. Joachim Marckstadt war bis in sein letztes Lebensjahr ein aktives Mitglied des Verbandes der Opfer des Stalinismus.

Joachim Friedrich Marckstadt wurde am 27.12. 1936 in Guben an der Neiße als zweiter Sohn des Försters Erich Marckstadt und seiner Frau Margarete geboren. Gemeinsam mit seinem Bruder Karl-Georg und seiner Schwester Helga wächst er in Merzwiese, einem kleinen Ort östlich der Neiße auf. Im Jahre 1945 ist es höchste Zeit, die Kinder trotz des bestehenden Fluchtverbotes wegzubringen. Obwohl alle von einer baldigen Rückkehr ausgehen, fällt der Abschied schwer. Die Familie fand Unterkunft bei Verwandten in Eisenberg. Dort besuchte Joachim seit der Wiederaufnahme des Schulunterrichts in der SBZ die Grundschule und dann weiter die Oberschule.

Im Februar 1953 ersetzte die SED die Schuldirektorin durch eine ihr ergebene neue Direktorin. Im Gefolge wurden die Mitglieder der „Jungen Gemeinde“ – einer kirchlichen Jugendgemeinde – an der Oberschule erst ausgegrenzt, und wenn dies nicht zur Absage ihrer kirchlichen Betätigung führte, von der Schule exmatrikuliert. Danach wurden auch die Schüler, die sich mit den Kugelkreuzen (Abzeichen der Mitglieder mit Weltkugel und Kreuz) auch nur solidarisierten, von der Schule entfernt.

Diese Willkürmaßnahme der Schule war der Anlass für sechs Schüler, den Kern einer sich bis 1957 auf ca. 25 Mitglieder vergrößernden Widerstandsgruppe zu bilden. Es war die Geburtsstunde des „Eisenberger Kreises“.

Die Gruppe konnte unbehelligt fünf Jahre lang bestehen, ohne dass ihr Wirken aufgedeckt wurde. Dabei kam es u. a. zu folgenden bemerkenswerten Aktivitäten:

- Abfackeln eines Schießstandes der GST (in welche die Schüler zum Zwecke der vormilitärischen Ausbildung gepresst wurden)
- Anmalen des Kürzels „F“ für Freiheit an Wände der Stadt
- Parolen gegen die Einheitswahlen zur Volkskammer
- Schriftliche Aufrufe an die Lehrkörper der mitteldeutschen Universitäten
- Kritische Kabarettaufführung im Ernst Abbé Raum der Uni Jena
- Anbringen politischer Losungen an Autobahnbrücken und Bauten

Erst nach über 5 Jahren gelang es der Stasi, die Gruppe durch einen Verräter zu identifizieren. Joachim Marckstadt wurde am 18. Februar 1958 verhaftet und am 10. Oktober 1958 zu 3 ½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Zum Zeitpunkt der Entlassung im November 1961 war der Fluchtweg über Westberlin für Joachim bereits durch die Mauer verbaut. 1975 hat er dann erfolgreich ein Ingenieurstudium an der Ingenieurschule für Wissenschaftlichen Gerätebau „Carl Zeiss“ Unterwellenborn abgeschlossen.

Bis zum ruhmlosen Ende der DDR wurde Joachim ständig von der Stasi observiert. Zahlreiche Spitzel wurden auf ihn angesetzt.

Nach der friedlichen Revolution im Herbst 1989 nahmen die ehemaligen Schulkameraden in der Bundesrepublik Kontakt zu Joachim Marckstadt auf. Durch sie erhält er 1990 eine Anstellung im Umweltamt der Stadt Marburg an der Lahn. Im selben Jahr stellt er einen Antrag auf Aufnahme in die Vereinigung der Opfer des Stalinismus, einen gemeinnützigen Verein ehemaliger politischer SBZ/DDR- Häftlinge und beginnt, seine Rehabilitierung zu betreiben. 1994 erhält Joachim Marckstadt Einblick in die vom DDR-Staatssicherheitsdienst und von der Deutschen Volkspolizei über ihn angelegten Unterlagen. Jetzt erst wird ihm das gesamte Ausmaß der Überwachung deutlich.

Am 27. April 2000 hatte die Stadt Eisenberg die noch lebenden Angehörigen des „Eisenberger Kreises“ in den historischen Ratssaal eingeladen, um sie und den bereits Verstorbenen mit der „Bürgermeister-Claus“ – Ehrennadel für ihren Mut und ihre Zivilcourage zu würdigen.

➔ ***nächste Seite oben***

→ *von voriger Seite unten*

Im Foyer des Rathauses informiert eine Ausstellung über ihren Widerstand und zollt ihnen nach über vierzig Jahren die gebührende Anerkennung.

Um die Vergangenheit nicht in Vergessenheit geraten zulassen, engagierte sich Joachim Marckstadt in der Vereinigung der Opfer des Stalinismus, Landesgruppe Sachsen-Anhalt und war zeitweise sogar ihr Vorsitzender.

Den „Eisenbergern“ war es wichtig, ihre Motive und die aus ihrem Handeln erwachsenen Konsequenzen nachfolgenden Generationen als unverzichtbaren Teil deutscher Geschichte zu vermitteln. Solange es ihnen möglich war, stellten sie sich aus diesem Grund immer wieder für Gespräche mit jungen Menschen und Wissenschaftlern zur Verfügung. Das Fazit lautet „Wir haben das Richtige zum falschen Zeitpunkt gewollt und getan, aber wir haben es gewollt und getan“. Das war das Credo von Joachim Marckstadt.

Seit den Neunziger Jahren lernte ich „Achim“ als Freund und Kameraden und als einen sehr nachdenklichen Menschen kennen. Wir stellten nach kurzer Zeit fest, dass wir gemeinsame Freunde hatten. Während seiner Tätigkeit im Institut für Lacke und Farben in Magdeburg lernte er meinen Schwager Lutz Dettmann und den späteren Minister Dr. Karl-Heinz Daehre kennen. Wir führten viele Gespräche bei denen die verschiedensten Anekdoten ausgetauscht wurden.

Mit dem Fortgang von Joachim Marckstadt verlieren wir einen aufrichtigen Kämpfer für Demokratie und Frieden – einen unermüdlichen Zeitzeugen und einen wahren Freund, der sich in der VOS zu Hause fühlte. Bei den Kameradinnen Dorothea Harder und Eveline Heilmann möchte ich mich für die aufopferungsvolle Betreuung in den letzten Monaten von Joachim Marckstadt – im Namen aller Kameradinnen und Kameraden der VOS – bedanken.

Möge der Geist und Charakter des Joachim Marckstadt ebenso wie seine Aufrichtigkeit und Freundschaft stetig in unser aller Herzen weiterleben.

Dr. Carl-Gerhard Winter
Magdeburg, den 26. Januar 2018

Eine sehr bittere Kröte, die mit dem Einigungsvertrag geschluckt werden musste

Aus dem Tagebuch der kritischen Gedanken

Ist es Recht, dass ehemalige MfS-Mitarbeiter, ... heute im demokratischen Rechtssystem arbeiten dürfen? Die seinerzeitige Überprüfung der Mitarbeiter des Staatsapparates in Mecklenburg Vorpommern, zu denen natürlich auch Richter, Haftrichter und Staatsanwälte zählten, fand Anfang der 1990er Jahre statt und wurde sehr intensiv durchgeführt.

So wurden in Abstimmung mit dem damaligen Justizminister und dem Ministerpräsidenten sehr viele ehemalige DDR-Staatsanwälte entlassen. Der Prozentsatz lag in Mecklenburg-Vorpommern deutlich über dem in den anderen neuen Bundesländern.

Tatsache ist aber auch, dass es in Einzelfällen dazu gekommen ist, dass Mitarbeiter übernommen worden sind, obwohl sie früher Verbindungen zum MfS hatten. Hier spielte beispielsweise eine Rolle, ob und wie sich der Betreffende offenbart hat und wie seine Verstrickung war.

Das Zitat:
Fehler machen zeugt nicht von schlechtem Charakter. Aber sich nachher nicht entschuldigen schon!

Natürlich kann nicht ausgeschlossen werden, dass trotzdem jemand „durchgerutscht“ ist, beispielsweise dadurch, dass die ihn belastenden Erkenntnisse erst später bekannt geworden sind. Es verwundert allerdings, wenn ehemalige DDR-systemnahe Personen heutzutage für ihre ehrenamtliche Tätigkeit ausgezeichnet werden und ihre dunkle Vergangenheit von den verantwortlichen Politikern ignoriert wird. So wurden Personen ausgezeichnet, deren MfS- Vergangenheit erst nach ihrer Pensionierung ans Licht kam, die sie jedoch bis dahin bewusst verschwiegen und vertuschten.

Dass auch ehemalige MfS- Vernehmer, heute als Rechtsanwalt tätig sind, ist mehr als makaber. Folgendes ist festzustellen: Der letzte Justizminister der DDR, Wünsche, hatte bei den Verhandlungen zum Beitritt die unumstößliche Bedingung gestellt, dass alle Richter und Staatsanwälte sowie diejenigen Personen, die in der DDR die Befähigung zum Richteramt erworben haben, die Voraussetzungen zur Zulassung zur Rechtsanwaltschaft erhalten. So sind beispielsweise eine ganze Reihe von Staatsanwälten, die aus dem einstigen Staatsdienst ausscheiden mussten, Anwälte geworden.

Diese „Kröte musste damals geschluckt“ werden, um das höherwertige Ziel der Wiedervereinigung nicht daran scheitern zu lassen. Heute, mehr als ein Viertel- Jahrhundert später, wird daran wohl kaum noch etwas zu ändern sein, so unschön dieser Umstand auch sein mag. *André Rohloff*

Neuer Direktor für die Stiftung Gedenkstätten

Ab dem Juni des laufenden Jahres 2018 hat die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten einen neuen Direktor. Laut Pressemitteilung des Kulturministeriums in Potsdam tritt der amtierende Direktor Professor Günter Morsch nach 25 Jahren in den Ruhestand. Neuer Direktor ist der 43-jährige Historiker Dr. Axel Drecoll, der bisher den Lern- und Erinnerungsort „Dokumentation Obersalzberg“ des Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin geleitet hat. Entsprechend, so die Mitteilung, seien auch Drecolls Forschungsschwerpunkte.

Professor Morsch hat während seiner Amtszeit Wesentliches zum Gedenken für die Opfer des Nationalsozialismus geleistet. So entstanden fünf Gedenkstätten zur Aufarbeitung dieser Diktatur. Seitens der SED-Opfer wurde mehrfach beklagt, dass ihre Ansprüche nicht ausreichend berücksichtigt seien. Ein Beispiel sei das Zuchthaus Brandenburg-Görden, wo seit dem Sturz des Kommunismus kaum Spuren der unmenschlichen Haftbedingungen existieren. Eine kompakte Protestaktion gab es seitens ehemaliger Häftlinge vor einigen Jahren vor der Eröffnung der Gedenkstätte in der Potsdamer Leistikowstraße. *H. Diederich*

Die Scheingefechte der Juristen

Die üble Rolle von Rechtsanwälten in der DDR bei der „Verteidigung“ politischer Straftäter

Christian Booß, Projektkoordinator der Abteilung Bildung und Forschung der BStU Sachsen stellte ein bemerkenswertes Buch vor

Am 27. Februar 2018 stellt der Historiker Dr. Christian Booß sein Buch „Im goldenen Käfig: Zwischen SED, Staatssicherheit, Justizministerium und Mandant – die DDR-Anwälte im politischen Prozess“ im Dresdner Landgericht vor. Das Buch beleuchtet die Rolle von DDR-Anwälten in politischen Strafprozessen der 1970er und 1980er Jahre. Welche Handlungsspielräume hatten sie? Wie viele von ihnen waren Inoffizielle Mitarbeiter der Stasi? Welche Auswirkungen hatte das auf die Gerichtsprozesse? In seiner profunden Studie gibt Christian Booß Antworten auf diese Fragen. Über 1.000 Prozess- und Ermittlungsakten hat er gesichtet und daran die Rolle der DDR-Anwaltschaft erstmals systematisch analysiert. Ein spannendes und bisher kaum bekanntes Kapitel deutscher Justizgeschichte!

Es moderiert Sven Felix Kellerhoff, der leitende Redakteur Geschichte der *Welt*.

Die Buchvorstellung findet im Schwurgerichtssaal des Landgerichts Dresden, Lothringer Straße 1, statt. Sie ist eine Kooperationsveranstaltung des Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und des Landgerichts Dresden. Beginn 19:00 Uhr. Der Eintritt ist frei. Teilnehmer: *Martin Uebele (Präsident des Landgerichts Dresden) und Lutz Rathenow (Sächsischer Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur)* Dr. Nancy Aris

Erschienen bei: Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 45 Euro, 2017, 813 Seiten, 18 Abb., 22 Tab.

Zum selben Thema:

„Der Rechtsanwalt eröffnete am letzten Tag der Verhandlung sein Plädoyer, indem er sich beim Senat und beim Staatsanwalt entschuldigte: Er befinde sich in einer schwierigen Lage – als Genosse mit Klassenstandpunkt einen Staatsfeind verteidigen zu müssen. Es klang in etwa so, als verlange man von einem unbescholtenen Bürger, dass er sich für einen Schwerverbrecher, einen Kindsmörder vielleicht, einsetzen solle.“

Aus: Das Lindenhotel oder 6 Jahre Z. für ein unveröffentlichtes Buch - über den Potsdamer Stasi-Knast, Böblingen, 1992/3 10,12 Euro
Nur noch als antiquarische Ausgaben über VOS

Ein Tag mit eindeutig kommunistische Wurzeln

Fragwürdig: Der 8. März ist für Niedersachsen wieder als Feiertag im Gespräch

Vor 100 Jahren kam die Kommunistin Clara Zetkin auf einer linken Frauenkonferenz in Kopenhagen auf die Idee einen Frauentag einzuführen.

Das Vorhaben wurde später von Lenin in Russland aufgegriffen und mit den Leistungen der russischen Frauen in der russischen Revolution begründet. Der Diktator ernannte den 8. März zum Internationalen Frauentag. In den früheren Sowjetrepubliken ist dieser Tag noch heute arbeitsfrei. Dieser Tag hat somit eindeutig kommunistische Wurzeln.

Wer diesen Tag feiert, feiert damit indirekt die Ermordung der zaristischen Familie, damit gleichzeitig die Errichtung der kommunistischen Terrorherrschaft, missachtet das Leid der Frauen die sich in der DDR gegen das kommunistische, diktatorische System wandten und denen daraufhin die Kinder weg genommen wurden. Kinder in Heime, Frauen in Gefängnisse, Frauen die in Sibirien Zwangsarbeit leisten mussten, Frauen die nach dem Einmarsch der Roten Armee vergewaltigt wurden - wo gedenkt man dieser Frauen am 8. März?

Die LINKE.PDS.SED nutzt diesen Tag, um Frauen für ihr politisches Spiel zu missbrauchen.

André Rohloff

Langzeitwirkung berücksichtigen

VOS begrüßt neue Reha-Fristen für Opfer

Auf Initiative der ostdeutschen Bundesländer hat der Bundesrat im Januar 2018 beschlossen, einen Gesetzentwurf zur Aufhebung der Antragsfristen in den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen in den Bundestag einzubringen. Damit soll es weiterhin möglich sein, Anträge auf Rehabilitierung zu stellen und zu prüfen, ob Personen einer IM-Tätigkeit nachgegangen sind. Viele Opfer staatlicher Gewalt in der ehemaligen DDR setzen sich erst jetzt mit dem erlittenen SED-Unrecht auseinander und stellen die Frage der Wiedergutmachung, zumal die überwiegende Zahl der Rentenempfänger mit einer unerwartet niedrigen Rente konfrontiert wird. Die bisherige Gesetzeslage sieht eine Frist für die Antragstellung in den verschiedenen SED- Unrechtsbereinigungsgesetzen – Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz, Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz und Berufliches Rehabilitierungsgesetz ¬ bis zum 31. Dezember 2019 vor. Anträge auf Folgeleistungen könnten bis Ende 2020 gestellt werden. Nachfolgende Anträge hätten nur in Ausnahmefällen die Berechtigung der Überprüfung. Dies ist insofern von Bedeutung, weil die Rehabilitierung Voraussetzung für die Gewährung der Opferrente ist. Zudem lässt sich derzeit nicht sagen, ob nicht irgendwann weitere Zuwendungen oder Vergünstigungen für die SED-Haftopfer beschlossen werden.

Oft ist es ehemaligen politischen Häftlingen erst nach Jahrzehnten möglich, Erinnerungen an die schwere Zeit zuzulassen. Die VOS begrüßt die vorgenannte Initiative für neue gesetzlichen Regelungen. Sie weist aber auch darauf hin, dass nun auch weitere messbare Schritte zur Wiedergutmachung des erlittenen Unrechts erforderlich sind. *Vorstand d. VOS*

Dieser Erfolg macht uns stolz

Rainer Buchwald unterstütz Schülerin bei wissenschaftlicher Arbeit über Jugendknast

Ein gutes Beispiel generationsübergreifender, praxisnaher Geschichtsaufarbeitung fand im zweiten Halbjahr vorigen Jahres durch Wirkung unseres VOS-Kameraden und Vorstandsmitglieds Rainer Buchwald statt. Kamerad Buchwald brachte zu DDR-Zeiten einige Jahre in den Jugendstrafanstalten der DDR zu. Die Thematik ist bis heute unzureichend beleuchtet, da es keine Gerichtsurteile gibt und die Dokumente heimlich entsorgt wurden. Zudem traten in der Öffentlichkeit mehrfach ehemalige „ErzieherInnen" auf, die die Behandlung der Jugendlichen verharmlosten. Den Gipfel der Verfälschung bildeten einige wenige Insassen, die die Zustände in den Heimen und Werkhöfen lobten. Rainer Buchwald ist bemüht, fundamentale Aufklärungsarbeit zu leisten. Er erhielt daher die Anfrage einer Schülerin aus Bayern, die in ihrer Abschlussarbeit eine wissenschaftliche Analyse zur genannten Thematik erstellen wollte. Die Arbeit wurde fristgerecht eingereicht, und nun liegt die Bewertung der Gutachterin vor: ein großartiger Erfolg. Lesen Sie nachstehend das Dankesschreiben, das die Schülerin an Rainer Buchwald sandte und über das – bzw. das Ergebnis der Arbeit – wir uns alle mitfreuen sollten.

Hallo Herr Buchwald,

✉ ich hab heute meine Arbeit zurückbekommen und habe einen Schnitt von 1,00 erreicht. Meiner Lehrerin hat besonders das Interview gefallen, und sie hat mich auch persönlich noch darauf angesprochen, wie sehr ihr das gefallen hat. Auch in der Benotung unter der Arbeit steht es, und ich wurde – da ich ja auch eine Präsentation halten musste – von meinen Mitschülern darauf angesprochen. Die Arbeit geht nun ins Kultusministerium in der Hoffnung, dass ich bzw. die Schule einen besonderen Preis dafür erhalte. Ich muss mich nochmal vielmals bei Ihnen bedanken, denn ohne Ihre Hilfe wäre es wahrscheinlich nicht möglich gewesen, eine solche Arbeit zu schreiben und hinterher eine solche Note dafür zu erhalten. Vielen herzlichen Dank nochmal für Ihre Bemühungen und die Zuverlässigkeit, die sie mir entgegengebracht haben. Das Ergebnis und vor allem auch das Interesse, das mir seitens meiner Mitschüler und Lehrer entgegengebracht würde, haben mich schlussendlich unglaublich gefreut.

Viele liebe Grüße

Ihre Katharina

Die VOS drückt Katharina die Daumen für die Preisverleihung

Zusammenstehen und kämpfen!

Es stehen – immer noch – viele Aufgaben an

Wieder ist ein Jahr vergangen, welches keine grundlegenden Verbesserungen für die ehemaligen politischen Häftlinge des Kommunismus gebracht hat. Die Aussichten für 2018 werden kaum besser werden, wenn wir nicht selbst etwas tun. Hier sind aber auch die SED-Opferverbände, Initiativen und Gruppen gefragt sowie die parteigebundenen Interessengemeinschaften wie die IG ehemalige politische Häftlinge und Verfolgte des Kommunismus in der AfD. Dazu muss man aber die bestehenden ideologischen Divergenzen und Vorbehalte im Interesse der Sache und der Betroffenen zurückstellen. Dringend ist eine Erhöhung der SED-Opferpension auf mindestens 500 Euro notwendig und die Abschaffung der Sozialbedürftigkeitsprüfung. Auch die rechtliche und materielle Gleichstellung von NS-Opfern und Opfern des Kommunismus gehört auf die Tagesordnung. Wir ehemaligen politischen Gefangenen und Opfer der kommunistischen Diktatur sind keine Opfer II. Klasse. Dies ist in unseren europäischen Nachbarländern bereits umfangreich geschehen. Auch hier ist Deutschland Schlusslicht, was die Rehabilitierung und die Unterstützung von Opfern der SED-Herrschaft anbelangt. Lettland zahlt seinen Stalinismus-Opfern einkommensunabhängig 700 € monatlich. Darin dokumentiert sich auch die Wertschätzung, die die Gesellschaft den Kommunismus-Verfolgten entgegenbringt. Auch die Entschädigung für geleistete Zwangsarbeit durch die politischen Häftlinge in den Gefängnissen und Lagern des DDR-Regimes sollte durchgesetzt werden. Ebenso ist die Frage der Haftspätfolgen der Opfer neu aufzuwerfen. Die Umkehr der Beweispflicht ist längst überfällig. Da ist noch nicht die Lage der ehemaligen Heimkinder in Spezialheimen und Jugendwerkhöfen der DDR angesprochen worden. Auch fordern wir ein Verbot kommunistischer Symbole und Devotionalien, ähnlich den Symbolen des Nationalsozialismus. Auch dies ist in Osteuropa schon umgesetzt worden. Ebenso steht die Verherrlichung und Verharmlosung des Kommunismus bereits unter Strafe.

Es gilt zusammenzustehen, unabhängig vom politischen und konfessionellen Bekenntnis, und zu kämpfen. Im Interesse der Sache, denn wir leben nicht ewig. Viele Betroffenen sind alt, krank und leben zum Teil in prekären sozialen Verhältnissen. Wir sind ihre letzte Hoffnung, enttäuschen wir Sie nicht auch noch. *Maximilian Meurer*

Wir trauern um

Manfred Barth	Bezirksgruppe Chemnitz
Leonhard Hoffmann	Bezirksgruppe Brandenburg
Heinz Bistrek	Bezirksgruppe Magdeburg
Joachim Marckstadt	Bezirksgruppe Magdeburg
Alfons Heller	Bezirksgruppe Leipzig
Frank Lucius	Bezirksgruppe Stuttgart
Brigitte Kurze	Bezirksgruppe Prenzlau
Rosemarie Studera	Bezirksgruppe Leipzig
Ralph-Peter May	Bezirksgruppe Arnstadt-Gotha
Heinrich Förster	Bezirksgruppe Stuttgart
Werner Morgenstern	Bezirksgruppe Wurzen
Herbert Pohlmann	Bezirksgruppe Hannover
Gerhard Bartels	Bezirksgruppe Bremen
Klaus Gronau	Bezirksgruppe Berlin

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Der politische Kommentar in der fg

Außer Spesen nichts gewesen?

Die SPD ringt sich mühsam zu einem knappen Ja für die Verhandlungen zur Regierungsbildung durch

von Gastautor Maximilian Meurer

Seit dem 21. Januar 2018 wissen wir es nun: Die Verlierer der Bundestagswahl von 2017 gehen, wie von politischen Beobachtern erwartet, die Ehe auf Zeit ein. Diese Ehe geht wieder unter dem Namen GroKo in die Geschichte ein. Das erneute Szenario-Desaster wird im medialen Dauerfeuer dem TV-Zuschauer als politisch reife Leistung und als höchst moralisch gelebte Verantwortlichkeit von bezahlten Mietmäulern in ARD und ZDF verkauft.

Was bringen die Sondierungsgespräche den Menschen im Land, speziell aber den ehemaligen politischen Häftlingen und Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft? Da wird die Parität der Krankenversicherung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer als die soziale Wohltat präsentiert, welche vor Jahren die Schröder-SPD selbst abgeschafft hat. Und Auszubildende sollen eine bessere Ausbildungsvergütung erhalten. Bis auf weitere kleine kosmetische Korrekturen passiert im Großen und Ganzen nichts.

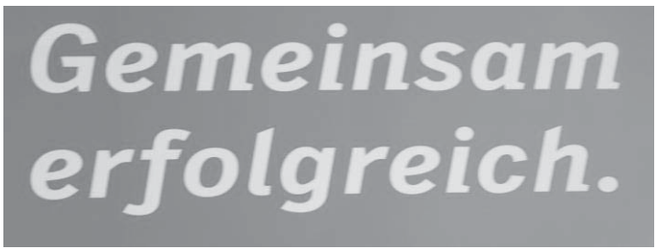
Ansonsten gibt es ein klassisches Weiter-so. Keinerlei Bestrebungen, die Altersarmut wirksam zu bekämpfen, das sinkende Rentenniveau abzufangen und die Altersrenten spürbar aufzustocken, nichts gegen alltägliche prekäre Beschäftigung, keine wirkliche Entlastung von Familien und Kindern, schon gar nichts gegen steigende Mieten und zunehmende Wohnungsnot.

Was tun CDU/CSU und SPD für die ehemaligen politischen Häftlinge und Opfer des SED-Regimes? Nichts. Keine Erhöhung der SED-Opferpensionen auf 500 Euro ohne Sozialbedürftigkeitsprüfung und keine Erweiterung des Kreises der Begünstigten; keine Korrektur des Rentenunrechts für DDR-Übersiedler und auch kein Verbot kommunistischer Symbole, geschweige denn ein Gesetzentwurf gegen die Verharmlosung und Leugnung kommunistischer Gewaltverbrechen.

Es kommt bei den Betroffenen und Opfern der Vermutung auf, dass die kommende Bundesregierung diese Themen aussitzen wird und auf die biologische Klärung des Problems setzt.

Jetzt liegt es an uns Betroffenen selbst, ob die GroKo damit durchkommt oder wir unsere legitimen Forderungen mit Nachdruck durchsetzen und die Öffentlichkeit für unser Anliegen gewinnen.

Als Resümee der ganzen Geschichte, bleibt mir eigentlich nur noch, die DDR Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld zu zitieren, welche jüngst in einem Kommentar schrieb: „Wir sind verarscht worden, dass es quietscht.“ *M. Meurer*



„Gemeinsam erfolgreich“ – wird sich die SPD dem CDU-Slogan anschließen oder geht sie (erfolgreich) unter? / *Fg*

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS e.V. (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin
PVSt Deutsche Post
Entgelt bezahlt
G 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf Mal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

Bundesgeschäftsstelle der VOS
Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin
Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und **030 – 2655 23 81**
Fax: 030 - 2655 23 82
Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**
Sprechzeiten: Dienstag u. Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr
Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der
Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**
IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01
BIC: PBNK DEFF
Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:
Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82
Mail: lv-berlin@vos-ev.de
Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr, sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS
Redaktion und Satz: A. Richter-Kariger
redaktion@vos-ev.de, Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Satzherstellung Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de. Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

– **einheitlich für alle Mitglieder**	45,00 €
– Ehepartner (ohne Freiheitsglocke)	15,00 €
– Aufnahmegebühr Mitglieder	2,60 €
– Abonnement der Freiheitsglocke	24,00 €

Spenden unbedingt erbeten!

Internetseiten der VOS www.vos-ev.de
Fg-Nummer 785/ 786 erscheint März/ April 2018
Redaktionsschluss der FG 783/784 am 02. Februar 2018